

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 119 44

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Verfassungstag und Gewerkschaften

Am 11. August 1929 feiern auch die Gewerkschaften die Schaffung der neuen deutschen Verfassung. Man mag über die unbefriedigenden Einzelheiten in unserm Verfassungswesen verschiedener Meinung sein, man mag insbesondere die immer noch vorhandene Vielstaaterei bedauern, der gewaltige Fortschritt, der durch die Weimarer Verfassung in Deutschland für Demokratie und Sozialismus geschaffen worden ist, ist doch so unverkennbar, daß die deutschen Gewerkschaften nicht beiseite stehen wollen und können, um diese Verfassung zu feiern. Nach heftigen Kämpfen sowohl der Arbeiterchaft untereinander (Räte-diktatur) als auch der verschiedenen bürgerlichen Reaktionsversuche gelang es trotzdem im Februar 1919 die Nationalversammlung zu schaffen und am 11. August 1919 wurde von Friedrich Ebert in Schwarzburg die Verfassung der deutschen Republik unterzeichnet.

Wenn man heute die zurückliegenden zehn Jahre überblickt, so hat es keinen Sinn, sein Bedauern auszusprechen, daß es nicht gelang, einen einheitlichen Staatsbau herbeizuführen. Die Strömungen in den verschiedenen Ländern gingen soweit auseinander, daß es nicht möglich war, die Freistaaten Bayern und Sachsen mit Preußen unter einen Hut zu bringen. Es war schon viel, daß es gelungen ist, wichtige wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, die das Schwergewicht beim Reiche beließen. So die Finanz- und Steuergesetzgebung, Post und Verkehr, Reichswehr und einige andere bedeutungsvolle Aufgaben. Unsere Weimarer Verfassung ist in Wortlaut und Inhalt ein Programm, das erst zum Teil durchgeführt werden konnte. Gerade die entscheidenden Punkte, die in der Richtung des Sozialismus und der Ziele der Gewerkschaften liegen, hatten noch der Erfüllung.

Aber wir Gewerkschafter haben uns von jeher von den Nurpolitikern darin unterschieden, daß wir die Gebundenheit jeglicher politischer Maßnahmen von den wirtschaftlichen Verhältnissen anerkennen mußten. Erst wenn es gelingt, die wirtschaftlichen Verhältnisse besser zu meistern im Sinne unseres Programms, wird auch der politische Ueberbau (die Verfassung) entsprechend gestaltet werden können. Alle Unzufriedenheit unserer Zeit ist eigentlich Anerkennung der eigenen organisatorischen und wirtschaftlichen Unzulänglichkeit. Die Verfassung ist ein Fundament, worauf erst der Bau errichtet werden soll. Dieser gesellschaftliche Bau eines einheitlichen Volksstaates wird noch viel Arbeit kosten im Parlament und in der Wirtschaft.

Dabei gab es Zeiten — und auch gegenwärtig regt sich eine ähnliche Kritik —, die dem Parlament seine große Bedeutung absprach und die der Meinung war, daß durch irgendwelche wirtschaftliche Organisationen das Parlament entweder abgelöst oder doch in den Hintergrund gedrängt werden

könnte. Im Bürgertum ist dieser Gedanke so stark in Erscheinung getreten durch „berufsständige Vertretungen“, insbesondere durch die Wirtschaftspartei, die bislang zwar keine klare politische Linie entwickeln konnte, andererseits aber doch in ihrer Tendenz unverkennbar rückwärts gerichtet ist und günstigstenfalls als Interessenwahrnehmung engerer Berufsschichten betrachtet werden kann.

Die freien Gewerkschaften aber setzten von jeher ihren Stolz darein, daß sie neben ihrer Berufsinteressenvertretung gleichzeitig das Allgemeinwohl des Volksganzen vertreten wollen. Nicht auf Kosten der Gesamtheit wollen wir Vorteile erreichen, sondern die Gesamtheit sind wir, und diese Gesamtheit soll in ihrer Vertretung auch das Volksganze berücksichtigen. Wohlgemerkt, wir leben in Kampfeszeiten. Das Unternehmertum hat auch eine Art berufsständische Vertretung zum Teil in der Volkspartei (Minister Curtius), zum Teil in noch stärkerem Maße bei den Deutschnationalen; ja auch die uns politisch etwas näher stehenden Demokraten sind sehr stark „infiziert“ von dem Bestreben, dem Unternehmertum weitgehend Rechnung zu tragen. Wir erinnern nur aus jüngster Zeit an die Vorschläge der Demokraten zur Umänderung der Arbeitslosenversicherung.

Wenn die Gewerkschaften am heutigen Parlamentarismus Kritik üben, so mehr unter dem Gesichtspunkte, daß die Gewerkschaften in noch stärkerem Maße vertreten sein sollen, und zum andern und vor allen Dingen, daß die Verwaltung des noch zu schaffenden Einheitsstaates nicht durch privilegiertes Berechtigungswesen erfolgt, sondern, daß unser Staat wirklich demokratisch geleitet werde und es den Tüchtigen wirklich gelingt, freie Bahn in Staat und Verwaltung zu gewinnen, wie das sogar ein Bethmann-Hollweg seinerzeit befürwortete. Damals bestand allerdings der Hintergedanke, daß dieser „Tüchtige“ gleichzeitig gesinnungstüchtig, d. h. monarchisch-patriotisch sein müsse. Unsere Verfassung hat der Willkür des Monarchismus ein Ende bereitet für alle Zeiten. Es dürfte gegenwärtig kaum einen ernst zu nehmenden Politiker geben, der glaubt, daß Deutschland noch einmal zur Monarchie zurück könnte.

Wir deuteten bereits an, daß unsere Weimarer Verfassung noch eine Fülle programmatischer Probleme enthält, die der Durchführung harren. Einheitsstaat und Reform der Verwaltungsorgane dieses Staates müssen Hand in Hand gehen. Die Anschlußbewegung in Deutsch-Oesterreich liegt ebenfalls auf diesem Gebiete. Mag sein, daß bei der Schaffung unserer neuen Verfassung, wie das bei dem Schöpfer, dem Demokraten Dr. Hugo Preuß, nicht anders sein kann, das liberaldemokratische Prinzip noch einen allzu großen Vorzug gegenüber dem sozialen und sozialistischen Prinzip gewonnen hat. Mag sein, daß auch die kulturellen Gesichtspunkte allzu stark zurückgedrängt wurden infolge der verschiedenen Konfessionen

in Deutschland, die noch viele Millionen Volksgenossen hinter sich haben. Die Gewerkschaften haben auf ihrem Hamburger Kongress 1928 die Forderung erhoben, daß eine einheitliche freie Grundschule geschaffen werden muß, frei auch von jeder konfessionellen Bevormundung. In Staat und Schule haben die Konfessionen nicht dreinzureden und auch hier harret noch ein wichtiges Gebiet der Umgestaltung und Erfüllung, wie wir es uns in der Verfassung denken. — Die Verfassung soll der Gesetzgebung zum Teil Richtlinien geben und demzufolge so vorbildlich sein, daß sie auch die Aufgaben der Zukunftsgestaltung unseres Staates im Auge behält. Wir sind der Meinung, daß die Weimarer Verfassung nach Lage der Dinge diese Aufgaben nur im beschränkten Umfange lösen konnte. Wir halten daher den weiteren Ausbau dieser Verfassung für unbedingt erforderlich. Es wird Aufgabe der Gewerkschaften sein, ihre Mitglieder so zu beeinflussen, daß sie auch staatsbürgerlich eingzugreifen in der Lage sind. Nicht nur bei den Wahlen sollen die Mitglieder der Gewerkschaften die sozialistischen Kandidaten wählen, sondern auch in der Verwaltung sollen Arbeiter, Angestellte und Beamte, soweit sie in dieser Verwaltung des Staates und der Gemeinden tätig sind, sich stets zum Bewußtsein halten, daß dieser Dienst an der Allgemeinheit gewisse Pflichten erfordert. Unsere Organisation insbesondere hat daher wiederholt in ihren Programmen die kategorische Forderung aufgestellt, daß die Umgestaltung der Verwaltung im Sinne einer freiheitlichen Gesetzgebung beschleunigt durchgeführt werden muß und daß sie überall, wo ihr Gelegenheit gegeben ist, diese Umgestaltung selber herbeiführen wird.

Vielleicht können wir am Tage der Verfassung darauf hinweisen, daß das viel mißbrauchte Wort „Demokratie“ in den Organisationen der Arbeiter, insbesondere in den Gewerkschaften eine praktische Anwendung erfahren hat, die trotz aller Verleumdungen („Gewerkschaftsbürokratie“) ihres gleichen sucht. Wir könnten eine Fülle von Musterbeispielen aus der Gewerkschaftspraxis nennen, um den gewaltigen Unterschied zu kennzeichnen, der heute noch in der staatlichen Verwaltungsbürokratie sich zeigt gegenüber der beweglichen sozialistischen Demokratie in den Gewerkschaften. Wenn wir auch weit davon entfernt sind, alles, was wir seit Jahrzehnten in den Gewerkschaften und in der Partei geleistet haben, als kritisch einwandfrei hinzustellen, wenn wir auch auf jedem Verbands- und Parteitag erneut prüfen müssen, wie bisher, ob nicht weitere Verbesserungen möglich und notwendig sind, so wünschen wir doch dem noch zu schaffenden deutschen Einheitsstaat ein ähnliches Maß von innerer

kritischer Gesinnung, aber auch Zusammengehörigkeit, wie das in den Gewerkschaften der Fall ist. Gewiß, die freien Gewerkschaften stehen heute unter der einheitlichen politischen Idee des Sozialismus. Der deutsche Staat aber hat die Aufgabe, es im gewissen Sinne noch allen Staatsbürgern recht zu machen. Das geht nicht ohne lebhafteste Auseinandersetzungen einerseits und ohne Kompromisse andererseits. Diese Kompromisse sind die unerfreulichste Erscheinung unserer Zeit. Hätten wir in unserer linken Bruderpartei, den Kommunisten, wahrhaft kameradschaftliche und kollegiale Revolutionäre, so dürfte es in vielen Fällen nicht schwer fallen, den Vorstoß mit Erfolg zu erreichen für Schaffung des Einheitsstaates und Verbesserung unserer Verfassung im Sinne des Sozialismus. Hätten wir ein weitsichtiges demokratisches Bürgertum, so würden auch damit die Sozialisten (wie es sich in einzelnen Stadtverwaltungen zeigt) mancherlei Vorbildliches auf dem Gebiete der sozialen Gestaltung schaffen können. So aber ist unser deutsches Volk heute noch zerrissen in unendlich viele Splitterparteien, und von den drei oder vier kommunistischen Gruppen bis hinüber zu den Nationalsozialisten bietet der jedesmalige Wahlausgang ein trostloses Dielerli, das sich auch beim Volksbegehren und in anderen weittragenden Fragen bemerkbar gemacht hat.

Das deutsche Volk bedarf in noch viel stärkerem Maße als bisher der politischen Schulung und der konsequenteren Stellungnahme zu den jeweiligen Fragen der Politik. Da nun viele Wirtschaftsfragen eng verknüpft sind mit den politischen Entscheidungen (Schutzzoll, Steuerfragen usw.), so ergibt sich die unbedingte Notwendigkeit, daß auch in den Gewerkschaften für politische Aufklärung gesorgt wird. Insbesondere haben die Arbeiter der öffentlich-rechtlichen Betriebe alle Veranlassung, sich um die politischen Vorgänge zu kümmern. Wer politisch einen Reaktionär wählt, gefährdet die

Arbeit der Gewerkschaften im höchsten Maße und kann nicht als vollwertiges freigewerkschaftliches Mitglied anerkannt werden. Das gilt auch für die Kommunal- und Provinzialwahlen am 17. November in Preußen. Unsere programmatischen Forderungen in den Gewerkschaften gipfeln in Gemeinwirtschaft und Sozialismus.

Die zehnjährige Feier unserer freien Verfassung ermuntert und ermahnt uns in dem rührigen Bestreben fortzufahren, auch politische Aufklärungsarbeit und wirtschaftliche Kraftentfaltung in unseren Gewerkschaften zu leisten. Politische Aufklärung durch die Arbeiterpartei ermöglicht erst ein freies Deutschland und eine wahrhaft freie Verfassung.

E. Dittmer.

10 Jahre Volksstaat

*Zehn Sommer sind gekommen, sind gegangen,
seit wir das Haus der Deutschen neu geweiht.
Wohl war es nicht ein festlich frohes Prangen.
Zu grau und düster lastete die Zeit.
Doch über alle Zweifel, alles Bangen
steht heut der Bau vor jedem Sturm gefeit.
Wir haben ihn auf sicherem Grund errichtet,
uns alle selbst als Steine eingeschichtet.*

*Die wir uns stolz zu diesem Werk bekennen,
wir wissen gut um mancherlei Gefahr.
Schien nicht der Bau oft lichterloh zu brennen,
von Glut erfaßt, die angeblasen war?
Nichts nützte feiges Winseln, Zetern, Flennen,
doch alles jene hartentschlossene Schar.
Sie stand, um keinen Fuß breit auch zu weichen,
und ihre Besten ließ sie uns als Leichen.*

*Es galt zu stehn im Strudel aller Nöte,
der hoch und immer höher um uns schwoh,
als ob nun Deutschland nur noch Abendröte
und nie mehr einen Morgen haben soll.
Kein Tag, der unser Elend nicht erhöhet!
Von außen Härte, und von innen Groll!
Die Zeit war angespannt bis zum Zerreißen.
Die Stunde dämmerte von Blut und Eisen.*

*Da drang ein klarer Ruf durch Sturm und Stille,
der Ruf von morgen, der uns allen gilt.
Aufblannte da ein Millionen-Wille
und wuchs und wuchs, wie Bach zum Meere schwillt.
Es strömte aus der unbekanntten Fülle
des Volkes, das zur Republik gewillt.
Sie traten an, von einem Geist geladen,
und standen Kamerad bei Kameraden.*

*Und stehn und wachsen — treue Wacht und Hüter
dem Traum der Väter wie dem eignen Traum.
Wägt ihre Herzen, zählt nicht ihre Güter!
Sonst bleibt, was ihr errechnet, eitel Schaum.
Wir aber — Freunde, Kameraden, Brüder!
Wir gehn der Sonne zu und fordern Raum.
Die Republik ist nicht in Glanz geboren.
Doch uns gehört sie — bleibt uns unverloren!*

Karl Brüger

Ruhrgasversorgung in Köln beschlossen

Das Zentrum stimmt zu

In Nr. 29 der Gewerkschaft haben wir schon darauf hingewiesen, daß die Stadtverwaltung Köln der Stadtverordnetenversammlung empfiehlt, einen Gaslieferungsvertrag mit der Ruhrgas-A.G. und Thyssen-Gesellschaft abzuschließen. Die Stadtverordnetenversammlung hat am 26. Juli mit Stimmenmehrheit den vorgelegten Verträgen ihre Zustimmung gegeben. Damit hat die größte Stadt des Rheinlandes ihren Eigenbetrieb aufgegeben und die Gegner der kommunalen Wirtschaft können einen Sieg für sich buchen. Gegen den Beschluß stimmten Sozialdemokraten, Mieter und Kommunisten. Alle übrigen Parteien stimmten dafür; die Vertragsabschlüsse wurden mit 46 gegen 26 Stimmen in namentlicher Abstimmung genehmigt. Diese Entkommunalisierung konnte nur erfolgen mit Zustimmung des Zentrums. Noch bis in letzter Stunde haben wir geglaubt, daß zumindest die Arbeitervertreter der Zentrumsfraktion sich für Beibehaltung des kommunalen Gaswerks resp. für die Errichtung einer kommunalen Kokerei aussprechen würden. Wir haben uns darin getäuscht. Das Zentrum ist, wie bei vielen anderen Gelegenheiten, wieder einmal umgefallen, denn letzten Endes entscheiden bei dieser Fraktion privatkapitalistische Interessen. Theorie und Praxis ist zweierlei. Im Deutschen Städtetag 1925 in Köln brachte das Zentrum gemeinschaftlich mit den übrigen bürgerlichen Fraktionen einen Antrag ein, welcher folgenden Wortlaut hatte:

„Die der Versorgung der Bevölkerung mit Wasser, Gas und Elektrizität dienenden Betriebe gehören, ebenso wie die Verkehrsbetriebe, in die öffentliche Hand, und zwar in erster Linie in die Hand der Gemeinden.“

Dieser Antrag, welcher in der Vollversammlung des Städtetages angenommen wurde, wurde vom Zentrumsabgeordneten Schuhmacher, Köln, begründet. Laut Stenogramm führte er u. a. aus:

„Was die Führung der großen städtischen Werke angeht, so steht die Gruppe der Zentrumsfraktion auf dem Standpunkt, daß die Zeit für die gemischtwirtschaftlichen Betriebe oder die Privatbetriebe an sich vorbei ist. Grundsätzlich brauchen wir den städtischen Betrieb, und wir sind der Meinung, daß die städtischen Betriebe, wenn sie den örtlichen Verhältnissen angepaßt und richtig geführt werden, sehr wohl ihre Aufgaben im Dienste der Allgemeinheit — denn der Allgemeinheit sollen sie dienen — erfüllen können.“

Worte nichts als Worte. Denn jetzt hat dieselbe Zentrumsfraktion der Veräußerung des Kölner städtischen Gaswerks ihre Zustimmung erteilt und stimmt für die Errichtung einer gemischtwirtschaftlichen Kokerei. Das Zentrum ist die politische Vertretung der christlichen Gewerkschaften. Die Kollegen des christlichen Gemeindearbeiterversandes können sich für diese Entkommunalisierung bei ihrer Kölner Zentrums-Stadtverordnetenfraktion bedanken.

Der Abschluß mit der Ruhrgas-A.G. ist mit einem Tempo betrieben worden, die eine ordnungsmäßige Beratung in den zuständigen Ausschüssen und bei den Sachverständigen nicht zuließ. Sachliche Gründe können hierfür nicht angegeben werden. Aber alle Vertagungsanträge der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion wurden abgelehnt. Auch der Hinweis, daß derartige wichtige Beschlüsse die überalterte Stadtverordnetenversammlung nicht mehr tätigen dürfe, sondern diese Beschlüsse der im November neu zu wählenden Stadtverordnetenversammlung zu überlassen, wurde von der bürgerlichen Mehrheit in den Wind geschlagen.

Das größte Interesse an einem baldigen Abschluß hatte aber zweifellos die Ruhrgas-A.-G. Diese braucht Köln als notwendige Etappe auf dem Wege nach Südwestdeutschland. Wenn die Stadt Köln das Gas in Zukunft, wie die Denkschrift angibt, für 3,2 Pf. frei Behälter bekommt (der Preis wird von uns angezweifelt), so ist dieses keineswegs ein Verdienst der weitsehenden Politik der Stadtverwaltung Köln. Die Gegner der Zechenferngasversorgung und insbesondere die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion können für sich in Anspruch nehmen, durch ihren heftigen Widerstand gegen die Ruhr dieses Preisangebot erst erzwungen zu haben. Es soll hier nur darauf hingewiesen werden, daß im März 1927 den Kölner Stadtverordneten ein Angebot zum Abschluß vorgelegt wurde mit einem Preisangebot von 3,8 Pf. Diesem Angebot haben wir den stärksten Widerstand entgegengesetzt und damit erreicht, daß die damaligen Verträge, welche 30 Jahre laufen sollten und, wie oben angeführt, einen Gaspreis von 3,8 Pf. vorsahen, nicht zum Abschluß kamen. Der zuständige Beigeordnete erklärte damals, die Frist läuft in zwei Tagen ab, etwas Günstigeres bekommen wir nie. Trotzdem die unverständliche Eile, obwohl nach unserer Ansicht auch jetzt das

letzte Wort noch nicht gesprochen war. Der Grund kann nur darin gesucht werden, daß die Stadtverwaltung glaubt, in der neuen Stadtverordnetenversammlung für ihre Entkommunalisierungsbestrebungen keine Mehrheit mehr zu finden.

Wir stehen nach wie vor, trotz der Gutachten der Sachverständigen, auf dem Standpunkt, daß kommunale Eigenerzeugung die beste Lösung in Köln gewesen wäre. Die von den Sachverständigen errechneten Gesehungskosten beruhen auf veralteten Berechnungen. Die Sachverständigen haben zu den etwa ein Jahr alten Berechnungen 15 Proz. Verteuerung hinzugerechnet. Auf dieser groben Grundlage wurden dann die Gesehungskosten festgestellt. Eine so wichtige Sache, wie es die Aufgabe der Eigenerzeugung ist, hätte sicherlich eine bessere Behandlung verdient. Schärfste Mißbilligung einer derartigen Methode ist am Platze.

Die von den Sachverständigen errechneten Gesehungskosten der Eigenproduktion sind besonders in zwei Punkten anzusehen. Zunächst sind die Ausgaben für Kohle mit 22,80 Mk. pro Tonne zu hoch gegriffen. Eine moderne Kokerei verwendet die verhältnismäßig billige gewaschene Feinkohle. Bei Bezug durch den Großhandel beträgt deren Preis zurzeit 18,10 Mk. Dazu kommen die Frachtkosten bis zum Nießer Hafen in Höhe von 2,65 Mk. Das ergibt zusammen also einen Preis von nur 20,75 Mk. frei Kokerei, statt der angeblichen 22,80 Mk. Bei der Größe des Kohlenbedarfs einer Kölner Kokerei — rund 185 000 Tonnen — dürfte außerdem eine direkte Belieferung durch das Kohlen Syndikat durchaus erreichbar sein. Durch Abschluß langfristiger Verträge könnte ein noch wesentlich niedrigerer Preis als 20,75 Mk. pro Tonne erreicht werden.

Es sind aber in dem Kostenanschlag der Sachverständigen nicht nur die Selbstkosten für Kohle zu hoch angesetzt, sondern auch die Einnahmen für den erzeugten Koks und Teer zu niedrig, zumal der Koks in einer neubauten Kokerei von besserer Qualität ist, und wegen seines höheren Heizwertes auch höhere Preise erzielen wird. Wir erachten daher den auf der Einnahmeseite vorgesehenen Kokspreis von 25 Mk. als zu niedrig eingesezt.

Allein durch die genannten Faktoren ließe sich bei kommunaler Eigenerzeugung eine wesentliche Derringerung der von den Sachverständigen errechneten Selbstkosten von 4 bis 4,5 Pf. erzielen. Auch die Berechnung des Kapitaldienstes ist mit 15 Proz. von den Sachverständigen zu hoch angenommen.

Mit welchem Recht sollen die Grundstücke im Werte von 1,2 Millionen und die Rohrleitungen im Werte von 0,8 Millionen mit 15 Proz. verzinst und amortisiert werden? Auch die Verzinsung von 15 Proz. bei der Kokerei selbst ist nicht gerechtfertigt. Man will aber mit Absicht zu möglichst hohen Selbstkosten kommen, deshalb der hohe Kapitaldienst. Dieselben Sachverständigen, welche in Köln die Gesehungskosten in eigener Kokerei mit 4,5 Pf. angeben, haben seither in der Öffentlichkeit ständig mit anderen Zahlen operiert. Ganz unverständlich sind uns aber die Äußerungen des Sachverständigen Heidebroek. Dieser berechnete bei der Hekoga (Hessische kommunale Gasversorgung A.-G.) die Selbstkosten in einer modernen Kokerei einschließlich Kapitaldienst mit 2,15 Pf. frei Behälter. Derselbe Gutachter berechnet für Köln Selbstkosten, die über doppelt so hoch sind. Mit welchem Rechte hat H. sich seinerzeit entristet über alle diejenigen, welche sein Hekoga-Gutachten anzweifeln? Heidebroek äußerte sich wenige Tage vorher in der „Frankfurter Zeitung“ dahin, daß sich die einzelnen Wirtschaftsprüfer ihre Selbständigkeit wahren sollen, und kam aus diesem Grunde zur Ablehnung der Ruhrgasversorgung. Es sei immer richtiger Hammer zu sein als Amboß. Derselbe Sachverständige H., der dieses schrieb, äußerte sich nun in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in Köln vom 18. Juli nach dem stenographischen Protokoll über die Ruhrgasversorgung wie folgt:

„Ich darf sagen, daß, wenn wir in Hessen in der allgemeinen Wirtschaft einen solchen Vertrag in etwa derselben Konstruktion und derselben Zahlengrenze und Form, wie er hier vorliegt, angeboten bekämen, wir außerordentlich beglückt wären. (Hört, hört! rechts.) Ich bitte, das aber nicht etwa meinem verehrten Herrn Oberbürgermeister und sonstigen amtlichen Persönlichkeiten zu übermitteln, denn ich habe kein Mandat, darüber etwas zu sagen, sondern ich sage nur meine persönliche Meinung. Ich weiß jedenfalls, daß, als die Ziffern von Köln bei uns bekannt wurden, dies geradezu eine Sensation war und daß man in den allgemeinen Senfter ausbrach: Ach Gott, wenn wir doch auch einen solchen Vertrag

abschließen könnten, wenn wir in ähnlicher Weise vorgehen könnten, wie es hier der Fall ist.“ (Erneute Rufe: Hört, hört! rechts.)

Wir gönnen Herrn H. diesen Beifall von der rechten Seite des Hauses, aber es ist wohl erlaubt, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß seine Ausführungen nicht die Zustimmung der Anhänger für kommunale Wirtschaft finden.

Der Bevölkerung soll der Abschluß damit schmackhaft gemacht werden, daß der Gaspreis um 5 Pf. herabgesetzt wird. Die Herabsetzung des Gaspreises hat aber mit dem Bezug von Ruhrgas nichts zu tun. Köln hat einen Gasverkaufspreis für Kleinabnehmer von 23 Pf. und damit den höchsten Verkaufspreis sämtlicher deutschen Großstädte. Berlin und andere Städte mit kommunalen Gaswerken haben Verkaufspreise von 16 Pf. und weniger. Köln würde auch mit 18 Pf. Verkaufspreis immer noch an der Spitze der deutschen Großstädte mit seinem Gaspreis stehen. Eine Rechtfertigung für den Verkauf des städtischen Gaswerkes ist die Preisherabsetzung also nicht.

In der Denkschrift weist die Stadt Köln bekanntlich darauf hin, daß sie durch den Bezug von Ferngas dem notleidenden Aachener Revier helfen will. Wir haben schon an anderer Stelle darauf hingewiesen, daß Ferngasbezug keine Hilfe für das Aachener Revier sein kann. Die nächsten Monate und Jahre werden zeigen, daß wir mit dieser Auffassung recht behalten. Durch Stilllegung der Gaswerke kommen die Bergarbeiter nur

noch in eine schwierigere Lage. Stilllegung der Gaswerke bedeutet weniger Kohlenverbrauch und damit weniger Kohlenförderung und Verminderung der Belegschaft. Weniger Belegschaft bedeutet wiederum erhöhte Arbeitslosigkeit; denn kein Volkswirt wird glauben, daß durch den Ferngasbezug der Kohlenpreis gesenkt werden könne, um so einen stärkeren Export herbeizuführen.

Nachdem nun aber die Verträge durch die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit angenommen sind, werden wir nichts unversucht lassen, den Einfluß der Arbeiter in dem neuen Unternehmen weitgehend zu sichern. Aufgabe unserer Organisation wird es sein, dafür zu sorgen, daß die jetzigen Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verschlechtert werden und daß die Ruhegeld- und Hinterbliebenenversorgung in alter Höhe bestehen bleibt, auch für die etwa neu einzustellenden Arbeitnehmer. Aufgabe unserer Organisation wird es weiter sein, die durch den Ruhrgasabschluß im Gaswerk arbeitslos werdenden Gasarbeiter und -angestellten in andere städtische Betriebe unterzubringen, auch dann, wenn sie für die nächsten Jahre den städtischen Etat stark belasten.

Wir werden nichts unversucht lassen, die Kölner Bevölkerung auf die Gefahren der Entkommunalisierung aufmerksam zu machen, die Massen des arbeitenden Volkes aufzurütteln, damit diese bei den kommenden Wahlen ehrliche Vertreter der kommunalen Wirtschaft, also Vertreter der Sozialdemokratischen Partei in das Kölner Stadtparlament wählen. J. O.

Gasfriede oder nicht?

Seit Jahren dauert jetzt der Kampf zwischen den Anhängern der kommunalen Gasversorgung und den Herren des Ruhrbergbaues um die zukünftige Gestaltung der Gaswirtschaft Südwestdeutschlands. Die außerordentliche Schärfe und Erbitterung, mit der dieses Ringen besonders in den letzten Monaten von seiten der Ruhr geführt wurde, wird verständlich, wenn man die Gesamtsituation betrachtet, in der sich die Ruhrgas-A.-G. befand. Ihren überspannten, ehrgeizigen Plänen auf Ferngasversorgung weitester Gebiete Deutschlands von dem Ruhrgebiet aus stellte sich kurze Zeit nach Bekanntwerden eine geschlossene Front aller derjenigen entgegen, die das Wohl der Gesamtwirtschaft höher stellen als das Interesse einer einzelnen Wirtschaftsgruppe. Unmittelbare Gegenmaßnahmen der Vertreter kommunaler Interessen und der Verbraucherschaft setzten ein (Kohlenfelderkauf Frankfurt-Köln, Ausbau der Gruppengasversorgung usw.), die den Ruhrbergbau in seine natürlichen Schranken zurückweisen sollten. Als der Ruhrgas-A.-G. — trotz ihres Erfolges in Hannover — der Weg nach Nordosten und nach Mitteldeutschland durch die Bildung großer Gruppengasgesellschaften unter kommunaler Führung abgeschnitten wurde, wandte sie sich mit verstärkter Kraft gegen den Südwesten und Süden Deutschlands. Auch hier stieß sie auf die Träger des Gruppengas-Gedankens (Frankfurt a. M. und Südwestdeutsche Gasgesellschaft), die ihren Ausdehnungsversuchen größten Widerstand entgegensetzten. Neben diesen hatte sie hier aber noch mit einem zweiten Gegner zu rechnen: der Saar.

Die Saarkohle hat durch die Abtrennung des Saargebietes ihr früheres Hauptabsetzgebiet, den süddeutschen Markt, zum großen Teil an die Ruhrkohle verloren. Die Schwierigkeiten, die sich daraus für die spätere Wiedereingliederung der Wirtschaft des Saargebietes in die deutsche Gesamtwirtschaft ergeben, würden verstärkt, wenn jetzt neben der Ruhrkohle auch das Ruhrgas in die dem Saargebiet benachbarten Wirtschaftsgebiete eindringen würde. Für den Saarbergbau ist es deshalb von Interesse, an einer etwaigen Ferngasversorgung der dem Saargebiet benachbarten Länder beteiligt zu sein. Den ersten Versuch, eine solche Teilnahme zu erreichen, machte er, als er vor Monaten der „hessischen kommunalen Gasversorgung“ ein Angebot auf Lieferung von Ferngas unterbreitete. Es ist bekannt, daß dieses Angebot in der Denkschrift des Hekoga-Vorstandes im ablehnenden Sinne behandelt wurde. Der Hekoga-Vorstand wollte und will den Anschluß an die Ruhr. Wenn die Ruhr aber erst einmal unbestritten in Hessen sitzt, dann ist auch die Pfalz, sind auch die übrigen Nachbargebiete für den Saarbergbau verloren.

Gegen die Zurückstellung der Interessen des Saargebietes machte sich daher lebhafter Widerstand geltend. Insbesondere griff jetzt das Preussische Handelsministerium aus nationalpolitischen Gründen ein und versuchte unter Hinzuziehung der hessischen Staatsregierung in Verhandlungen zwischen der Ruhrgas-A.-G. und den in der Ferngasgesellschaft Saar m. b. H. zusammengefügten Interessenten des Saargebietes eine Einschaltung der

Saar in die Ferngasversorgung herbeizuführen. Das ist jetzt gelungen. Als Ergebnis der preussischen Initiative ist zwischen Ruhrgas und Saargas ein Abkommen abgeschlossen worden, das für die Zukunft eine bestimmte Zusammenarbeit beider vorsieht. Ein Demarkationsabkommen teilt das Gesamtgebiet Südwestdeutschlands auf und grenzt die Einflusssphären gegeneinander ab. Hier muß allerdings gleich gesagt werden, daß das der Saar zur alleinigen Belieferung vorbehaltene Gebiet weit weniger bedeutend ist als das, was in erster Linie der Ruhr und beiden gemeinsam zugesprochen worden ist. Der alleinigen Versorgung durch Saargas wird nämlich das gesamte linksrheinische Deutschland südlich von einer Linie, die etwas nördlich von Trier und südlich von Koblenz verläuft, vorbehalten (soweit es nicht zum Freistaat Hessen gehört). In diesem Gebiet ist aber nur ein verhältnismäßig geringer Ferngasabsatz zu erwarten. Weit wichtiger sind die künftigen gemeinsamen Versorgungsgebiete: die Länder Hessen, Baden, Württemberg und ein kleiner südlicher Teil der Provinz Hessen-Nassau. Ueber den Absatz in Bayern wurde nicht verhandelt. Für Württemberg und Baden ist der Ruhr vorweg eine Vorauslieferung von 40 Millionen Kubikmeter zugeordnet, während für den Rest eine Aufteilung zwischen Ruhr und Saar im Verhältnis von 3 zu 2 vorgesehen ist. Als Grundlage für diesen Schlüssel hat man offenbar die Kohlenmenge genommen, die im Jahre 1913 von den beiden Revieren an diese Länder geliefert wurde. Auch damit ist man dem Standpunkt der Ruhr weitgehend entgegengekommen. In dem bisher aufs härteste umkämpften Gebiet, in Hessen, soll der Ruhr wiederum eine Vorauslieferung von 40 Millionen Kubikmeter eingeräumt werden, während die darüber hinausgehenden Ferngasmengen in einem ähnlichen Verhältnis aufgeteilt werden.

Welche Bedeutung hat nun dieses Abkommen für die Weiterentwicklung der Gaswirtschaft im südwestdeutschen Versorgungsgebiet, welche Bedeutung für die beiden Vertragspartner und für die Kommunen? Bringt es wirklich, wie die Tagespresse (besonders die rechtsstehenden Blätter) schreibt, den Gasfrieden in Südwestdeutschland? Zweifellos ist das Abkommen wertvoll, wenn man es unter dem Gesichtspunkt einer Förderung der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland betrachtet. Es ist gewiß von Bedeutung, daß mit dem Vertrag dem Saarbergbau die Teilnahme an der Ferngasversorgung offengehalten wird. Allerdings handelt es sich hierbei in vieler Hinsicht um Zukunftsmusik. Einmal schon deshalb, weil mit Ausnahme eines für Ferngasversorgung wenig aussichtsreichen Gebietes für die nächste Zeit die Ruhr durch die ihr garantierte Vorauslieferung den Vorrang hat. Dann aber auch aus dem Grunde, daß im Saargebiet heute erhebliche Gasmengen noch nicht zur Verfügung stehen und nur recht wenig Ueberflusgas verfügbar ist. Im Gegensatz zum Ruhrbergbau besitzen die Saarländischen Kohlenbergwerke keine Kokeren, da diese hier den Hüttenwerken angegliedert sind und zum erheblichen Teil nur für den eigenen Bedarf produzieren. Der Gasanfall dieser Hüttenkokereien wird vorläufig auf nur 50 bis 80 Millionen Kubikmeter jährlich geschätzt. Erst wenn nach dem

Rückfall des Saargebietes an Deutschland der Preussische Staat wieder Besitzer der Kohlengruben wird, ist die Errichtung von Kokereien auf den Gruben selbst zu erwarten, und dann erst wird auch Gas, das zur Ferngasversorgung verwendet werden kann, in größeren Mengen anfallen. Das ist auch der Grund, aus dem sich in dem neuen Vertrag der preussische Fiskus beteiligt hat.

Daraus folgt, daß den Vorteil aus dem Abkommen zunächst nur die Ruhr hat. Ihr wird durch die Vereinbarung die ungestörte Bearbeitung der Hekoga und darüber hinaus der anderen südwestdeutschen Gasversorgungsgebiete gesichert. Der Vertrag bedeutet also für sie kaum ein Nachgeben oder eine Bindung, sondern bringt ihr im Gegenteil eine wesentliche Kräftigung ihrer Stellung ein. Es ist klar, daß das sich auswirken wird in einem verstärkten Druck auf die Kommunen. Daraus ergeben sich auch die Konsequenzen, die wir aus dem Abkommen für die Kommunalwirtschaft und für die Konsumenten zu ziehen haben. Für diese bedeutet das Ruhr-Saar-Abkommen eine volle Interessenverständigung zwischen zwei bisher als Konkurrenten für sie in Frage kommenden Zeichengruppen. Die Konkurrenz wird beseitigt und damit ihre Stellung als Verhandlungspartner den Abnehmern gegenüber gestärkt. Daran ändert auch nichts, daß in der Saarländischen Gesellschaft, der Ferngasgesellschaft Saar m. b. H., die saarländischen Kommunen beteiligt sind. 58 Proz. der Gesellschaftsanteile befinden sich nämlich in ihren Händen. Dabei ist aber vorgesehen, daß die interessierten Länder, d. h. also Preußen, entsprechende Beteiligungen, und zwar bis zu 10 Proz. auf Kosten der Industriebeteiligung (der Hütten) und darüber hinaus auf Kosten der kommunalen Beteiligung erhalten. Nach Uebernahme des Saarbergbaues durch Preußen wird sich daher praktisch eine Dreiteilung der Anteile an der Ferngasgesellschaft unter den privaten Hütten, dem Preussischen Staat und den Kommunen herausbilden. Das ändert, wie gesagt, nichts daran, daß die Saargebietsgesellschaft, sobald es sich um Verhandlungen mit Gemeinden handelt, Schlichter an Schlichter mit der Ruhr reine Produzenteninteressen vertreten wird.

Die notwendige Folgerung aus dem Ruhr-Saar-Abkommen für die Kommunen ist daher ein Gegenzug, der darin bestehen muß, daß sich alle als Gaskäufer eventuell einmal in Frage kommenden öffentlichen Stellen in Südwestdeutschland und Süddeutschland fest

zusammenschließen. Wenn einmal der Ferngasbezug für einzelne Kommunen oder Kommunalverbände in Frage kommen sollte, dürfen sie nur gemeinsam Verträge abschließen. Einzig auf diesem Wege können gegenüber den zusammengeschlossenen Gaslieferanten die volkswirtschaftlichen, kommunalpolitischen und Konsumenteninteressen gewahrt werden.

Mit aller Schärfe aber muß betont werden, daß trotz der Ruhr-Saar-Verständigung das ganze südwestdeutsche Gebiet in seinen Entschlüssen vollkommen freibleibt. Die Gemeinden dürfen sich davon nicht blaffen lassen, daß Ruhr und Saar in dem Abkommen das Fell des Bären, den sie übrigens noch gar nicht haben, verteilen. Das Abkommen der Gaslieferanten darf nur den einen Erfolg haben, daß sich die einzelnen großen Konsumentengruppen gegenseitig verständigen und binden, um nicht an die Wand gedrückt zu werden. Keinesfalls darf die irrtümliche Meinung aufkommen, daß jetzt alles in Ordnung wäre, daß nun der „Gasfrieden“ Wirklichkeit geworden sei. Das Gegenteil ist der Fall! Jetzt erst beginnt für die Gemeinden und für die Verbraucher der Kampf, der schwerer wird, als je zuvor. Nachdem Köln gefallen ist, stellt Hessen für die Ruhr die wichtigste Schlüsselstellung dar. Es muß mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, daß die Hekoga nicht dem Beispiel Kölns folgt, sondern die kommunale Eigenerzeugung, und zwar in gruppenweise konzentrierter Form, aufrechterhält. Gerade die Kölner Vorgänge und Verhandlungen haben, wie auch vor einigen Monaten die Auseinandersetzungen in Hessen, aufs neue gezeigt, daß große öffentliche Werke dem Ferngasbezug gegenüber absolut konkurrenzfähig sind. Der Eigenerzeugung muß daher soviel Raum als nur irgendmöglich gegeben werden.

Die für die Kommunalwirtschaft Verantwortlichen dürfen sich durch das Gerede vom „Gasfrieden“ nicht einschläfern lassen. Gerade jetzt ist äußerste Aufmerksamkeit am Platze. In jahrzehntelanger Arbeit wurde die deutsche Gasversorgung von weitsichtigen Männern unter schweren Opfern der Bevölkerung in kommunale Hand übergeführt. Jetzt, wo Kommunalwirtschaft uns mehr bedeutet als je, ist die Gefahr ungeheuer groß, daß das Geschaffene in derselben Zahl von Wochen oder Monaten leichtfertig verschleudert wird, wie Jahre notwendig waren, um es aufzubauen!
Karl Hauffe.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund im Jahre 1928

Der Zusammenschluß der Berufsverbände zu Industrieorganisationen innerhalb des ADGB hat im Jahre 1928 einen neuen bedeutsamen Fortschritt zu verzeichnen. Es vereinigten sich die Verbände der Böttcher, Fleischer, Lebensmittel- und Getränkearbeiter und Nahrungs- und Genussmittelarbeiter zu dem Verbande der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, der seine Tätigkeit am 1. April 1928 aufnahm. Im freigewerkschaftlichen Lager besteht nunmehr für das Gebiet der Nahrungs- und Genussmittelindustrie — wenn hierbei von der Tabakindustrie abgesehen wird — nur noch eine gewerkschaftliche Organisation. Infolge des neuen Zusammenschlusses verminderte sich die Zahl der zum Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunde zählenden Zentralverbände von 38 auf 35. Auch die Zahl der Zweigvereine wurde dadurch geringer. Während die obengenannten vier Verbände 1927 zusammen 788 Zweigvereine hatten, ist der neugebildete Industrieverband in der Statistik für 1928 nur mit 398 vertreten. Die Gesamtzahl der Zweigvereine ging von 15 052 im Vorjahre auf 13 810 im Berichtsjahre zurück.

Don einer günstigen Entwicklung der Verbände, seit Ueberwindung der Wirtschaftskrise 1926, konnte schon im Vorjahre berichtet werden. Die erfreuliche Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen hat sich auch 1928, und zwar ununterbrochen das ganze Jahr hindurch, fortgesetzt, zusammengenommen jedoch in etwas schwächerem Ausmaße als im Vorjahre. Machte sich doch schon in der zweiten Hälfte des Jahres 1928 gegenüber 1927 eine fühlbare Verschlechterung des Arbeitsmarktes geltend. Mit Rücksicht hierauf kann das Gesamtergebnis der Mitgliederzunahme im Berichtsjahre immerhin noch als befriedigend angesehen werden. Die auf Spalte 857 stehende Tabelle veranschaulicht die Mitgliederbewegung bei den einzelnen Verbänden innerhalb des Berichtsjahres und ihren Mitgliederbestand im Durchschnitt des Jahres.

Dier Verbände erlitten gegen das Vorjahr einen Rückgang der Mitgliederzahlen. Doch sind diese Verluste nicht erheblich, sie betragen insgesamt nur 1848 Mitglieder. Die übrigen Verbände erreichten Mitgliederzunahmen, die zwischen 1,9 Proz. und 18,1 Prozent schwanken. Insgesamt stieg die Mitgliederzahl des ADGB

von 4 415 673 im Jahre 1927 auf 4 866 926 im Berichtsjahre, oder um 451 253 gleich 10,2 Proz. Der Zuwachs im Jahre 1927 bezifferte sich dagegen auf 482 754 Mitglieder.

Im Durchschnitt des Jahres 1928 wirkt sich die Aufwärtsbewegung der Mitgliederzahlen günstiger als im Vorjahre aus. Es zählten die Verbände insgesamt 3 773 210 männliche (1927: 3 363 787), 712 430 weibliche (650 501), 167 946 jugendliche (135 872), zusammen 4 653 586 (4 150 160) Mitglieder. Die in Klammern gesetzten Zahlen zeigen die gegen 1927 eingetretenen Veränderungen des Mitgliederbestandes. Die Gesamtmitgliederzahl erhöhte sich um 503 426 gleich 12,1 Proz. Erfreulich ist, daß die rückläufige Bewegung der weiblichen Mitgliederzahl, die sich seit einigen Jahren zeigte, nunmehr einem neuen Aufstieg gewichen ist. 1928 machten die weiblichen Mitglieder 15,3 Proz. der Gesamtzahl aus. Die jugendlichen Mitglieder werden in der Verbandsstatistik nicht völlig ausgewiesen, ein Teil der Verbände zählt sie nicht gesondert.

Auch die Finanzkraft der Verbände hat sich im Jahre 1928 weiter recht günstig entwickelt. Die Einnahmen sind beträchtlich gestiegen, besonders stark vermehrt hat sich die Beitragseinnahme. Es vereinnahmten die Verbände insgesamt 221 696 195 Mark gegen 182 252 326 Mk. im Vorjahre. Im einzelnen setzten sich die Einnahmen aus folgenden Posten zusammen:

	1928 Mk.	1927 Mk.	1928 Mk.	1927 Mk.
Eintrittsgelder	711 812	666 551	Extrabeiträge	1 240 580
Verbandsbeiträge	173 282 990	142 620 273	Zinsen	4 370 241
Oertliche Beiträge	30 347 382	25 976 962	Sonstige Einnahmen	11 743 190
				8 403 898

Mit Ausnahme der Summe für Extrabeiträge, deren Höhe abhängig ist von dem Umfang der Ausschreibung von Extrasteuern, weisen alle Posten höhere Summen als im Vorjahre auf. Die Beitragseinnahmen sind nicht nur entsprechend der größeren Mitgliederzahl gewachsen, sondern sie haben sich auch pro Mitglied vermehrt, und zwar von 40,87 Mk. im Vorjahre auf 44,02 Mk. im Berichtsjahre. Mit diesem Satze hat die Beitragsleistung nunmehr ungefähr den Realwert des Standes der Vorkriegszeit wieder erreicht.

Name des Verbandes	Es hatten Mitglieder			
	am Ende des Jahres		im Jahresdurchschnitt	
	1928	1927	1928	dav. weibl.
Baugewerksbund	458 048	402 252	435 156	445
Bekleidungsarbeiter	79 797	74 076	77 884	37 505
Bergarbeiter	198 358	194 740	196 049	202
Buchbinder	57 166	53 187	55 128	37 304
Buchdrucker	83 908	81 305	82 767	—
Dachdecker	11 097	10 691	10 843	—
Eisenbahner	243 611	233 368	240 913	1 481
Fabrikarbeiter	477 335	423 059	457 657	101 685
Feuerwehrmänner	7 424	7 940	7 740	—
Filmgewerkschaft	— 1)	— 1)	— 1)	— 1)
Friseurgehilfen	4 242	3 939	4 057	491
Gärtner	10 657	9 540	10 518	1 433
Gen.- u. Staatsarb.	257 933	228 522	243 968	37 644
Graph. Hilfsarbeiter	41 111	39 007	40 691	26 243
Holzarbeiter	313 544	293 835	306 660	21 214
Hotel-, Restaurat.- und Café-Angestellten	29 618	25 083	27 153	7 191
Hutarbeiter	18 165	18 178	18 509	11 818
Kupfer Schmiede	7 185	6 735	7 024	—
Landarbeiter	178 098	152 880	151 273	14 604
Lederarbeiter	37 540	38 185	37 855	7 589
Lithographen	24 181	23 205	23 719	18
Maler	56 813	48 746	53 775	245
Maschinisten	51 777	46 359	48 568	31
Metallarbeiter	944 310	815 838	884 027	64 278
Musiker	23 509	22 864	23 055	552
Nahrungsmittel- und Getränkearb. 2)	168 575	151 808	159 636	32 205
Sattler, Tapezierer u. Portefeuliers	31 406	29 618	30 614	5 227
Schornsteinfeger	2 952	2 875	2 980	—
Schuhmacher	77 233	77 907	78 834	34 919
Schweizer	12 105	11 048	11 456	119
Steinarbeiter	68 970	63 798	68 053	512
Tabakarbeiter	78 282	71 379	75 501	58 281
Textilarbeiter	310 941	300 670	306 137	177 1-0
Verkehrsbund	390 360	351 435	368 052	32 054
Zimmerer	110 675	101 601	107 354	—
Zusammen	4 866 926	4 415 673	4 653 586	712 430

Die Gesamtausgaben betragen 1928 189 363 911 Mk. gegen 129 463 897 Mk. im Vorjahr. Es ist demnach eine Mehrausgabe von 59 900 014 Mk. zu verzeichnen. Es wurden verausgabt für:

	1928	1927	1928	1927
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Unterstützungen	62 540 817	40 965 984	Agitat. u. Organisat.	18 667 658
Arbeitskämpfe	32 224 377	11 358 288	Sonstiges	11 735 705
Presse u. Bildungswe.	11 865 347	8 834 151	Verwaltung	52 192 007
				43 197 600

Von der Ausgabe für Presse- und Bildungsweesen kommen im Berichtsjahre 7 632 405 Mk. auf Verbandsorgane und 619 051 Mk. auf sonstige Organe. Alle Ausgabenposten weisen gegen das Vorjahr eine Steigerung auf. Der Löwenanteil der Mehrausgabe entfällt auf die Unterstüttungen und Arbeitskämpfe. Beide Posten zusammen erhöhten sich gegen das Vorjahr um 42 440 922 Mk., sie machen im Berichtsjahr über die Hälfte der Gesamtausgabe aus.

Von den Unterstüttungsausgaben kamen im einzelnen auf:

für	1928	1927	für	1928	1927
	Mk.	Mk.		Mk.	Mk.
Arbeitslose	28 059 354	14 811 556	Sterbefälle	3 343 633	2 711 095
Kranke	24 102 272	17 892 547	Sonstige Unterstüttg.	3 318 392	2 808 881
Jugendliche	2 900 016	2 020 451	Rechtschutz an Mitgl.	81 153	652 254

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres verursachte eine starke Vermehrung der Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung. Die höhere Ausgabe für Krankenunterstützung wird dagegen wohl hauptsächlich durch den allgemeinen ungünstigen Gesundheitszustand im Herbst 1928 verursacht worden sein.

Die starke Steigerung der Ausgaben für Arbeitskämpfe zeugt davon, daß die Verbände im Jahre 1928 umfangreichere und härtere Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen hatten als im Vorjahre. Unter dem Schlagwort, daß die Industrie keine weitere Erhöhung der Löhne vertrage, setzten die Unternehmer den Lohnforderungen der Arbeiter den schärfsten Widerstand entgegen, der zu schweren Kämpfen führte. Besonders die Metallindustrie wurde von ihnen hart betroffen. Es seien hier nur erwähnt der langwierige Lohnkampf

auf den Seeschiffswerften und die große Aussperrung in der Nordwestgruppe der Eisenindustrie. Von der Gesamtausgabe für Arbeitskämpfe kommen 16,8 Millionen auf den Metallarbeiterverband. Ueber die Arbeitskämpfe im Jahre 1928 im besonderen wird das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB. unterrichten.

Der Eindruck der günstigen Entwicklung der Gewerkschaften wird verstärkt durch die Ergebnisse der Jahresstatistik der Ortsausschüsse des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Der Prozeß der schnellen Vermehrung des Ortsausschüßbestandes seit der Ueberwindung der Währungskrise ist zwar zum Stillstand gekommen, doch hat die Festigung des Bestandes weitere Fortschritte gemacht. Die Zahl der an der Berichterstattung beteiligten Ortsausschüsse ist in einem ständigen Aufstieg begriffen. Von 1269 Ortsausschüssen, die 1928 als bestehend festgestellt wurden, sandten 1183 (gleich 93,2 Proz. der Gesamtzahl) Berichte ein, davon 17 leider so verspätet, daß sie in die Tabellen nicht mehr einbezogen werden konnten.

Von den an der Statistik beteiligten 1164 Ortsausschüssen waren 1928 insgesamt 12 188 Gewerkschaften angeschlossen, die zusammen 4 046 019 Mitglieder zählten. Im Vorjahr betrug die Zahl der erfaßten Mitglieder 3 681 651. Die um 364 368 höhere Zahl des Berichtsjahres kann nur zum geringeren Teile dem erweiterten Kreis der berichtenden Orte zugeschrieben werden, den größeren Anteil daran hat die allgemeine Vermehrung des Mitgliederbestandes. Die Mitgliederzahlen der einzelnen Ortsausschüsse sind gewachsen. Das zeigt deutlich eine Zusammenfassung der Ortsausschüsse in Größenklassen nach der Zahl ihrer Mitglieder in den beiden jüngsten Berichtsjahren.

Es hatten Mitglieder	1928			1927		
	Ortsaus-schüsse	Proz.	Mitglieder-zahl	Ortsaus-schüsse	Proz.	Mitglieder-zahl
bis 1000	657	56,5	295 377	654	58,2	286 803
1001—5000	364	31,3	806 934	345	30,6	779 436
5001—25 000	118	10,1	1 165 827	105	9,3	1 073 947
über 25 000	25	2,1	1 777 881	21	1,9	1 541 465

Die Anteilziffer der kleineren Ortsausschüsse, bis 1000 Mitglieder, ist gegen das Vorjahr zurückgegangen, die der anderen Gruppen, der mittleren und größeren Ortsausschüsse, dagegen gestiegen. Ueber 100 000 Mitglieder hatten 1928 die Ortsausschüsse Berlin (377 659), Hamburg (200 876), Dresden (129 551) und Leipzig (116 119).

Die Ausgaben der Ortsausschüsse werden durch Beitragsleistungen der angeschlossenen Gewerkschaften bestritten, die in der Regel pro Mitglied festgesetzt sind. Im Vergleich zum Vorjahre gestalteten sich die Beitragsfestsetzungen der Ortsausschüsse, in drei Beitragsgruppen zusammengefaßt, folgendermaßen:

Beitragshöhe pro Mitglied und Jahr Pf.	1928			1927		
	Ortsaus-schüsse	Mitglieder-zahl	Proz.	Ortsaus-schüsse	Mitglieder-zahl	Proz.
bis 60	536	1 106 091	27,4	555	1 187 122	32,7
61—120	452	1 548 213	33,3	396	1 364 416	37,6
über 120	163	1 383 671	34,3	137	1 080 508	29,7

Dieser Uebersicht sind die Beitragsfestsetzungen für die männlichen Mitglieder zugrunde gelegt. Für die weiblichen und jugendlichen Mitglieder werden vielfach geringere Beiträge erhoben. Der Anteil der Mitglieder, die auf eine Beitragsleistung bis 60 Pf. entfallen, ist gegen das Vorjahr gesunken, die Anteilziffern der Mitglieder der höheren Beitragsgruppen dagegen gestiegen.

Angaben über die Kassenverhältnisse liegen von 1132 Ortsausschüssen mit zusammen 4 027 461 Mitgliedern vor. Diese verzeichnen eine Gesamteinnahme von 4 154 431 Mk., davon kommen auf Beiträge 3 096 834 Mk. und auf sonstige Einnahmen 1 057 597 Mk. Die Gesamtausgabe belief sich auf 3 739 017 Mk. Von dieser Summe entfallen auf Agitation 214 270 Mk., auf Gewerkschaftshäuser, Herbergen und Versammlungssäle 113 738 Mk. und auf die Rechtsberatungseinrichtungen 1 126 672 Mk. Für Bildungszwecke wurden 615 153 Mk. und für Arbeitervertreterwahlen 34 943 Mk. verausgabt. Die Verwaltungskosten betragen 765 713 Mk. und die sonstigen Ausgaben 638 750 Mk. An die Bezirksausschüsse wurden 229 778 Mk. abgeführt.

Der Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes im Jahre 1928 kann an dieser Stelle nur kurz umrissen werden. Eingehender berichtet darüber das demnächst erscheinende Jahrbuch des ADGB. für 1928.

Jugend Dom internationalen sozialistischen Jugendtreffen in Wien.



Lieber Leser! Durch die Arbeiterpresse ist dir bekanntgeworden, daß in den Tagen vom 12. bis 14. Juli 1929 in Wien ein internationales Jugendtreffen stattfand, an dem über 50 000 Jugendliche teilnahmen. Ist dir klar, was das bedeutet an Organisationsarbeit — was es aber auch bedeutet an Macht und Einfluß des sozialistischen Gedankens für unsere Jugend? Mancher unserer Kollegen hat vielleicht Bedenken geäußert und Schwierigkeiten gemacht, wenn sein Junge oder das Mädchen „durchaus nach Wien wollten“. Aber die Jugend von heute hat einen festen Willen, wenn es sein muß, auch gegenüber den Eltern.

Fast immer haben es die Jugendlichen durchgeseht, die seit Monaten vorbereitete Reise nach Wien anzutreten. Dazu war allerdings die materielle Hilfe der Erwachsenen nötig; aber auch die Arbeiterorganisationen, Gewerkschaften und Parteien haben oftmals tief in den Beutel greifen müssen, um diese Reise zu ermöglichen. Mancher von den Jugendlichen hatte „unfreiwillige Ferien“ — er war arbeitslos —, mancher bekam unter erheblichen Schwierigkeiten einen 8- bis 10tägigen Urlaub für diese Reise. Gegen 200 junge Burschen sind sogar zu Fuß von Deutschland seit Wochen und Monaten unterwegs gewesen, um rechtzeitig zum internationalen roten Jugendtreffen in Wien anzukommen. Soviel Energie und Opferwille, wie hier im einzelnen aufgebracht wurde, erfordert natürlich entsprechende großzügige Veranstaltungen, damit keine Enttäuschungen kommen. Und es darf gesagt werden: es gab keine Enttäuschungen!

Schon der Empfang der einzelnen Gruppen und Sonderzüge auf den Bahnhöfen war eine Feier für sich. Die Wiener Arbeiter sind im letzten Jahrfünft eingestellt auf starken Zuzug von außen zur Befestigung der sozialistischen Gemeindeeinrichtungen. Sie haben sich also sozusagen jahrelang gründlich vorbereiten können zum Empfang gewaltiger Massen. So nur ist es erklärlich, daß die Wiener Arbeiter- und Jugendorganisationen geradezu Bewundernswertes geleistet haben in bezug auf die Gesamtveranstaltung.

Allein aus Deutschland waren 17 000 Jungen und Mädchen durch Sonderzüge usw. nach Wien gekommen; darunter mehr denn 2000 Berliner. Aber auch die Sachsen aus dem Freistaat waren in überaus stattlicher Zahl erschienen, so daß ihr Idiom zeitweilig die Straßen Wiens erfüllte und einen merkwürdigen Gegensatz bildete zu dem Weanerisch, das man sonst hört. — Am 12. Juli 1929, vormittags 10 Uhr, begann der Aufmarsch zur Eröffnungsfeier auf dem Helden-Platz. Schon morgens bald nach 7 Uhr mußten die einzelnen Gruppen abrücken, um dem Zentrum der Stadt in geschlossenem Aufmarsch näherzukommen. Die Unterbringung der Jugendlichen erforderte organisatorisch außerordentliche Aufwendungen, wurde aber im allgemeinen zufriedenstellend gelöst. Alle ausländischen Jugendlichen wurden privat untergebracht bei den Genossen und Freunden der Jugend, während die Inländer (Oesterreicher) größtenteils die Massenquartiere in Schulen usw. beziehen mußten. In den drei Tagen vom 12. bis 15. Juli 1929 stand Wien unter dem Eindruck des gewaltigsten Jugendaufmarsches, der je stattgefunden hat.

Imposant und wohlgelungen war auch die Eröffnungsfeier selbst. Nach einem Fanfarenchor von Richard Strauß hatte der Leipziger Jugendchor die ehrenvolle Aufgabe, den „Wach-auf“-Chor aus den Meistersingern vor diesem gewaltigen Forum der 50 000 vorzutragen. Nach kurzer Begrüßungsansprache des Vorsitzenden der Wiener Sozialistischen Arbeiter-Jugend und Hauptorganisators des Jugendtreffens, Felix Kanitz, sowie des ersten Bürgermeisters der Stadt Wien, Karl Seiz, und des Vertreters der Jugendinternationale, Koos-Vorrindk (Holland), begrüßte der Sprechchor noch einmal die jugendlichen Massen. Mit dem Gesang der „Internationale“ und dem feierlichen Hisen der internationalen Fahne wurde das Jugendtreffen eröffnet. Ein vielstündiger Abmarsch in die Bezirke brachte die Jugendlichen wieder ihrem Wiener Heim zu.

Eine Fülle von Einzelveranstaltungen als auch Führungen durch die Stadt und Wanderungen im Wiener Wald bis hinein ins Semmeringgebiet fanden in der Zwischenzeit an allen drei Tagen statt. Dazu wurden Vorträge, insbesondere über die Wiener Kommunalpolitik, von verschiedenen Stadträten zur Information der Jugendlichen gehalten. Eine bessere sozialistische Propaganda ist kaum denkbar!

Am Abend des ersten Tages fanden sieben große Feiern statt. An der Revolutionsfeier im Großen Konzerthausaal nahmen viele Tausende teil, so daß der Saal geschlossen werden mußte und eine gleiche Feier für den nächsten Tag vorbereitet wurde. In der Hauptsache wurde die Darstellung des Klassenkampfes der Vergangenheit und Gegenwart in einem großen Werk für Orchester, Sprech- und Gesangschor gegeben; die Zusammenstellung wurde von Felix Kanitz vorgenommen: es waren zum Teil bekannte Gedichte von Heine, Toller usw. Unser Eindruck ging dahin, daß wir einstweilen, um eine solche Feier würdig und ausdrucksvoll zu gestalten, noch etwas taften. Hier harret der großen Künstler unserer Zeit, die unserer Weltanschauung zugehören, noch eine große Aufgabe.

Der folgende Tag war in der Hauptsache dem Sport geweiht. Hier möchten wir eine kleine Einschaltung machen: Unstre älteren Kollegen, wie überhaupt die ältere Generation in Partei und Gewerkschaft, sind oftmals geneigt, den Berufssport mit seinen Ausartungen und seiner Rekordsucht zu verwechseln mit den Leibesübungen und dem sportlichen Treiben unserer Jugend sowie der Leistung des Arbeiter-Turn- und -Sportvereins. So bekämpfenswert und falsch das erstere ist, so anerkennenswert und notwendig ist das letztere. Unstre Jugend, eingepfercht in den großstädtischen Mietkasernen, im Handwerk und der Fabrik, der Maschine folgend mit oftmals stundenlanger einseitiger Bewegung eines Körperteils, bedarf unter allen Umständen des körperlichen Ausgleichs. Darum machte sich besonders in der Nachkriegszeit das Bestreben unter der Jugend geltend, Sport zu treiben, und so haben wir heute in fast allen Kulturländern ein ungeheures Anwachsen der sportlichen Betätigung, die auch für die Partei- und Gewerkschaftsjugend beachtet werden muß. Das kam nun am zweiten Tag des internationalen sozialistischen Jugendtreffens gut zum Ausdruck. Schon früh um 8 Uhr begannen auf dem großen Sport-



Aufmarsch auf dem Heldenplatz



Die Jugend bekennt sich zum Sozialismus

übungen und dem sportlichen Treiben unserer Jugend sowie der Leistung des Arbeiter-Turn- und -Sportvereins. So bekämpfenswert und falsch das erstere ist, so anerkennenswert und notwendig ist das letztere. Unstre Jugend, eingepfercht in den großstädtischen Mietkasernen, im Handwerk und der Fabrik, der Maschine folgend mit oftmals stundenlanger einseitiger Bewegung eines Körperteils, bedarf unter allen Umständen des körperlichen Ausgleichs. Darum machte sich besonders in der Nachkriegszeit das Bestreben unter der Jugend geltend, Sport zu treiben, und so haben wir heute in fast allen Kulturländern ein ungeheures Anwachsen der sportlichen Betätigung, die auch für die Partei- und Gewerkschaftsjugend beachtet werden muß. Das kam nun am zweiten Tag des internationalen sozialistischen Jugendtreffens gut zum Ausdruck. Schon früh um 8 Uhr begannen auf dem großen Sport-

platz die leichtathletischen Vorkämpfe. Daneben gingen wiederum in den Vormittagsstunden Vorträge über das neue Wien sowie über die österreichische Arbeiterbewegung. Der ganze Nachmittag wurde mit Sportkämpfen und Massenübungen der sportlichen Jugend ausgefüllt.

Das eigentliche Interesse konzentrierte sich aber auf die internationale Abendfeier auf der hohen Warte. Wohl über 60 000 Jugendliche füllten die Sportarena der hohen Warte, als die gemischten Chöre des Gaues Wien mit dem Lied von Joh. Seb. Bach begannen: „Juchzt und jubelt.“ Die Vertreter der sozialistischen Arbeiter-Internationale: Crispian (Deutschland), Pölzer (Österreich), Ollenbauer (Deutschland) für die Jugend-Internationale und Kimme für die Sozialistische Arbeiter-Jugend Österreichs hielten kurze packende Ansprachen. Auch hier endete die Veranstaltung mit dem Massenchor der Internationale. Dann aber war es dunkel geworden; die Fackeln wurden angezündet, und ein schier unabherrschbarer Zug bewegte sich in der Richtung zur Ringstraße (der inneren Stadt) zum Rathaus, das wunderbar bis an seine Spitze im elektrischen Licht stand. Die Straßen selbst zum Teil festlich mit Fahnen geschmückt waren eingesäumt von Zehntausenden der Bevölkerung. Es war ein einzigartiges Bild, das insbesondere an den Ufern der Donau den Lichtschein der Fackeln widerspiegeln ließ und in seiner Massenhaftigkeit geradezu phantastisch wirkte. — Den Höhepunkt der Veranstaltung aber bildete die internationale Kundgebung der Jugend-Internationale am Sonntag, dem 14. Juli, vormittags. Ein Bläserchor vom Rathaussturm eröffnete diese Veranstaltung; der Chor der Wiener Arbeiterjugend mit über 600 Sängern und Sängerinnen sang das Truglied von Joseph Luitpold. Es sprachen dann zu den mehr als 50 000 Teilnehmern auf dem imposanten Platz am Rathaus Friedrich Adler für die Arbeiter-Internationale, Citrine, der Vorsitzende der Gewerkschafts-Internationale, Otto Bauer für die österreichische Sozialdemokratie und Karl Heinz für die Jugend-Internationale. Als dann setzte sich der Festzug mit den internationalen Vertretungen an der Spitze in Bewegung

über die Ringstraße. In der Nähe des Kriegsministeriums stellten sich die internationalen Körperschaften und Vertreter der sozialistischen Jugend-Internationale sowie der Gewerkschaften unter der internationalen Fahne auf und ließen den ganzen Zug an sich vorbeimarschieren, was 2½ Stunden dauerte. Erst in der Prater-Haupt-Allee löste sich der Festzug auf, und die einzelnen Gruppen marschierten wieder ihren Quartieren zu. Damit waren die offiziellen Veranstaltungen beendet. Daneben und dazwischen fanden eine Reihe von Sonderveranstaltungen für die internationalen sozialistischen Studenten, für Sportler, für die Roten Falken, die sozialistischen Jungpädagogen, die internationalen Arbeiter-Abstinente, die sozialistischen Esperantisten usw. statt. — Mit dieser Darstellung haben wir nur ein äußeres Bild gezeichnet von den Geschehnissen in Wien. Der gewaltige Eindruck der Massenkundgebungen und der Demonstration mit tausenden roter Fahnen und Banner war für jeden Teilnehmer so überwältigend, daß er gewiß bleibend in seinem Gedächtnis haften wird und ihn zum Propagandisten des Sozialismus machen muß.

Und so erscheint uns das Entscheidende dieses internationalen sozialistischen Jugendtreffens die überaus freundliche wahrhaft sozialistische, brüderliche Aufnahme aller der zehntausenden Jugendlichen in Wien durch die Bevölkerung einerseits, andererseits aber auch die eindrucksvolle Darstellung in Bild, Schrift und Vortrag über die geleistete sozialistische Gemeindegemeinschaft in Wien, die insbesondere im Wohnungswesen, in der sozialen Fürsorge, in den großen Freibadeeinrichtungen und zahlreichen anderen Instituten zum Ausdruck kommt. Wien bietet gegenwärtig das imposanteste

Beispiel gemeinschaftlicher Kommunalarbeit im Sinne des Sozialismus. — Ueberaus bewunderswert bleibt auch die organisatorische Leistung für diese drei Tage. Kaum jemals ist irgendeiner Großstadt ein so gewaltiger Anmarsch von Menschen, die Unterbringung und die sonstige Ueberwindung von Schwierigkeiten zugemutet worden. Alle diese Schwierigkeiten sind erstaunlich gut gelöst worden, und wenn auch naturgemäß bei der ungeheuren Mannigfaltigkeit hier und da einzelne Schwierigkeiten nicht immer zufriedenstellend überwunden werden konnten, darf doch gesagt werden, daß fast alle Teilnehmer an der Wiener Tagung voll befriedigt worden sind. — Die Wiener Tagung hatte aber noch eine andere erfreuliche Erscheinung im Gefolge. Es war wohl dem



Vor dem Rathaus

weitaus größten Teil der Jugendlichen möglich geworden, sich ein paar Ferientage im Anschluß an die Wiener Reise abzurufen. Diese Ferientage wurden zumeist sehr gut ausgenutzt. So begegneten wir im Salzkammergut noch Hunderten von Jugendlichen, die in einzelnen Trupps zu 15 bis 50 unter der Führung eines jungen Wiener Mitgliedes der Naturfreunde nun Bergtouren machten im Dachsteingebiet, in den Eishöhlen und bis zu den Gletschern bei fast 3000 Meter Höhe. Das mag manchem Jugendlichen aus der nordischen Ebene in dem glühenden Sonnenbrand zunächst etwas hart angekommen sein, aber als sie dann die Bergwelt zu ihren Füßen sahen mit den wunderbar blauen Seen und Flüssen des Salzkammerguts und die Gletscher und Schneefelder in ihrer unmittelbaren Nähe schimmerten, da wird so manchem das Herz aufgegangen sein von der Schönheit der Erde, und viele werden gewiß auch in späteren Jahren alles daran setzen, um freie Zeit zu gewinnen für die Berge; denn wer einmal — besonders in jungen Jahren — die Schwierigkeiten des Bergsteigens und -kletterns auf sich nimmt und darin besteht, der bleibt ein Freund der Berge Zeit seines Lebens. Tausende junger Freunde haben einen Einblick gewonnen in die Naturschönheiten Österreichs — und haben einen Einblick gewonnen auch in die Mannigfaltigkeit der Natur. Wir glauben, daß die große Mehrzahl aller dieser Jugendlichen entschlossen ist, sich diese Schönheiten der Erde ganz zu erobern. Das geht natürlich nicht ohne wirtschaftliche und politische Kämpfe. Und so ist der Hintergrund des Wiener internationalen Jugendtreffens wiederum der Gedanke der Befreiung der Jugend und der Menschheit, der uns zum Sozialismus führt, von den Fesseln, in die uns heute noch der Kapitalismus schlägt. Bereits sind die mechanischen und maschinellen Kräfte so stark entfaltet, daß sehr wohl alle Menschen Ferien haben könnten und eine kürzere Arbeitszeit, wenn nicht die privilegierten besitzenden Schichten ungeheure Reichtümer vergeudeten in



In der Alpenwelt

ihrem Luxusleben. Die Umgestaltung dieser Dinge aber ist eine Frage der Politik und Wirtschaft, die in dem Maße beschleunigt wird, in dem auch die Jugend aktiven Anteil nimmt. Nur auf dem Wege des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes wird es erreichbar sein, daß wir einen wesentlich größeren Anteil am Arbeitsertrag erringen, kürzere Arbeitszeit und größere Feriendauer. Unsere Jugend ist die Zukunft der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaft, und wir sind dessen sicher, daß sie mit ihrem vorwärtstürmenden Geist, mit dem klaren Blick und der raschen Auffassungsgabe, die unsere Zeit erfordert, auch das erkennt, was nottut. Aus der Erkenntnis des Geschehens der letzten 15 Jahre wird sie die Kraft und den Mut schöpfen, den ihr gewiesenen Weg zu gehen. Unsere Jugend hat sich ihre eigenen Aufgaben zu stellen. Sie wird aus den Erlebnissen von Wien die Anregung und die Gewißheit geschöpft haben, daß es lohnt, teilzunehmen am Kampfe der Arbeiterklasse zu besseren Lebensverhältnissen, zur Freiheit und freien Menschheit!

Republikanische Kinderzeltlager

Nach der Neuordnung der politischen Verhältnisse in Deutschland im Jahre 1918 setzte auch eine Umgestaltung des Erziehungswesens ein. Denn: der Aufbau eines republikanischen Staates fordert republikanisch denkende und handelnde Menschen. Und wenn auch der neue Staat Menschen dieser Gesinnung vorfand, so war doch die Masse der Deutschen stark monarchistisch durchsetzt, wie es durch die alte Schulerziehung und die allgemein herrschende Autorität gar nicht anders sein konnte. Es galt also, Einfluß auf die Jugend zu gewinnen, die Schulen umzugestalten und proletarische Erziehungsorganisationen zu gründen. In ihnen sollte der neue politische und soziale Geist bewußt gepflegt und aktiv werden.

So kam es zur Gründung der Reichsorganisation der proletarischen „Kinderfreunde“. Und so auch fanden die Kinderfreunde einen neuen Weg zur Verwirklichung des republikanischen Gedankens: die Zeltlagerrepubliken.

Die ersten kleineren Versuche in dieser Richtung wurden vom Genossen Neddermeyer gemacht. Als sie erfolgreich waren, ging man 1927 dazu über, ein großes Reichszeltlager in Seekamp bei Kiel zu errichten. Es umfaßte 2300 Kinder. 1928 folgten Zeltlager u. a. im Riesengebirge, am Bodensee, in der Fränkischen Schweiz und am Uebersee in der Mark. In diesem Jahre wählte man, um den Gedanken in immer weitere Kreise zu tragen, wieder andere Gegenden, so z. B. Nameby am Rhein und das Trettschall bei Oberstdorf im bayerischen Allgäu.

Wie sind nun diese Lager organisiert? Auf welche Weise wollen sie ihr Ziel: Weckung und Stärkung des sozialen und republikanischen Gedankens in den Kindern und Jugendlichen erreichen?

In jedem Lager sind Kinder und Jugendliche und Erwachsene vereinigt, große und kleine Menschen, Buben und Mädchen, Männer und Frauen. Wir haben also nicht eine nach Lebensaltern gegliederte Schule mit ihren Klassen vor uns, sondern ein Abbild des Lebens, eine Lebensgemeinschaft. Und da hier jung und alt, Kinder, Jugendliche und Erwachsene die gleichen Rechte und Pflichten haben, der gereifere Ältere aber sich naturgemäß stärker verantwortlich fühlt dem Jüngeren gegenüber, so entwickeln sich schon durch diese Lebensordnung Gerechtigkeitsinn und kameradschaftlicher Geist, Hilfsbereitschaft und Hingabe an das Ganze.

Jede Zeltgemeinschaft regelt ihre Angelegenheiten selbständig, nur darf diese Regelung dem Ganzen nicht entgegen sein. Sie bestimmt die Ordner, die Essenträger, die Geschirreiniger, die Schulpuzer usw. Und zwar so, daß jedes Glied der Zeltgemeinschaft grundsätzlich zu jeder Arbeit herangezogen wird. Die noch heute in vielen Kreisen so beliebte Einstellung: „Das paßt sich nicht für ein Mädchen!“ oder: „Jungens machen solche Arbeit nicht!“ findet sich im Zeltlager selbstverständlich nicht. Es gibt keine Arbeit, für die sich einer zu gut dünken darf. Die Frage ist immer nur die: Ist die Arbeit notwendig? Ist sie es, so wird sie getan. Sicherlich ist z. B. das Scheuern des Klosetts eine unangenehme, schmutzige Arbeit, und es gibt auch Kinder, die sich gerne davor drücken — das ist menschlich. Aber das Entscheidende ist, ob dann die Gemeinschaft stark genug ist, um solche unsoziale Einstellungen zu überwinden. Und dies ist allerdings bei den Kinderfreunden der Fall. Die Kinder erziehen sich hier gegenseitig. Ihr eigenes Tun spiegelt sich im Tun der anderen wider, und so erlebt jeder die Konsequenzen seines Handelns. Ein so enges Zusammenleben ist auch nur möglich durch Gemeinsinn: der Unsoziale stellt sich von vornherein aus der Gemeinschaft

heraus, und so merkt er in der ersten Stunde: die Gemeinschaft besteht nur in der Treue und Hingabe aller Glieder zu ihr und durch sie. Will er also in ihr leben, so muß er sich dem Ganzen einfügen. Diese Einfügung wird nun nicht, wie in autoritativen Verbänden, durch Drohungen und Strafen erreicht, sondern durch Wille und Einsicht. Und hierin liegt ein großer erzieherischer Wert: durch freiwilliges Sicheinordnen in ein Kollektivum wird der Mensch von Zwang und äußerer Disziplin frei — er gewinnt auf diese Weise die Freiheit, die seiner Würde entspricht.

Es kommen auch nur jene Kinder ins Zeltlager, die diesen Geist der freiwilligen Einfügung schon in den Kinderfreundegruppen erlebt und sich selbst dort bewährt haben. Wäre dies nicht der Fall, so wäre man vor Ausschreitungen nicht sicher. Wenn Kinder, die zu Hause oder in der Schule unter strenger Autorität gehalten werden, plötzlich in Freiheit versetzt werden, so wissen sie mit ihr natürlich nichts anzufangen und mißbrauchen sie.

Bei den Kinderfreunden ist es Sitte — und sie wird selbstverständlich mit in die Zeltgemeinschaft übernommen — daß jeder, der etwas Besonderes, etwa Süßigkeiten, geschenkt erhält, sie der Führung zur allgemeinen Verteilung übergibt. So kann sich bei keinem Kind das niederdrückende Bewußtsein festsetzen: du bist vom Schicksal benachteiligt. Im Gegenteil: es wächst das beglückende Gefühl: wir helfen uns alle untereinander, wir sind in Wahrheit Brüder und Schwestern.

Jedes Zelt hat einen älteren Helfer; der vor allen verantwortlich ist. Dazu wählen die Kinder noch einen Kindervertreter. Diese Helfer und Kindervertreter bilden zusammen

das Lagerparlament, das von einem Präsidenten geleitet wird. So ist es z. B. im Allgäuer Lager, das 450 Kinder umfaßt. In größeren Lagern sind die Zelte zuerst noch in Dorfgemeinschaften zusammengeschlossen, an deren Spitze der Bürgermeister steht. Neben den Parlamentsitzungen finden auch nach Bedarf Dollversammlungen und Gruppenversammlungen statt. So haben im Allgäuer Lager die Geraer, die Braunschweiger und die Berliner unter sich Beratungen, wenn sie durch gewisse Dorffälle geboten sind. Solche Freiheiten sind im kleinen Lager möglich und nützlich, um Sondereigenart und Individuum zu ihrem Recht kommen zu lassen. Das Ganze darf nie unter Schematismus leiden.

Im Zeltlager Nameby am Rhein hat man in diesem Jahr versucht, den einzelnen Gruppen neue und bestimmte Aufgaben zuzuweisen: so will man das „soziale Wandern“ und das „wissensbereichernde Wandern“ pflegen. So untersucht etwa eine Zeltgemeinschaft die geologische Beschaffenheit der Gegend, eine andere wendet sich der Flora und Fauna zu, eine dritte studiert Volkssitten und Gebräuche, die in der Gegend zu Hause sind.

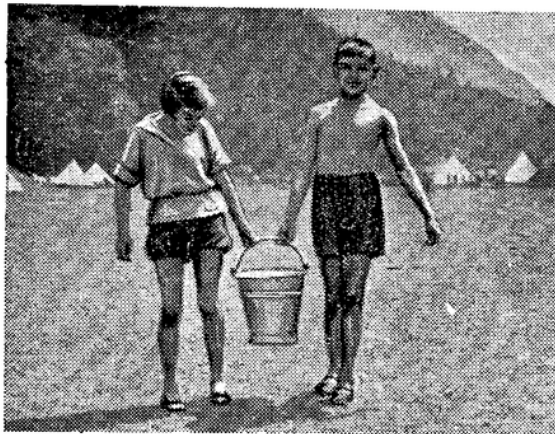
In anderen Lagern steht der gesundheitliche Zweck: das Leben in guter Luft, eine völlige Entspannung des abgehefteten Großstadtmenschen, Luft-, Sonnen- und Wasserbäder, freie Wanderungen, Gesang, Gymnastik, Volkstänze und Volksspiele im Vordergrund. Man hat zudem das Bestreben, immer reizvolle Gegenden für die Zeltlager auszuwählen, so daß auch die Freude am Schönen zu ihrem Recht kommt.

Sicher bilden die Zeltlagerrepubliken der Kinderfreunde einen Anfang einer notwendigen sozialen und demokratischen Erziehungsarbeit, die uns hoffnungsvoll in die Zukunft sehen läßt.

H e n n y S c h u m a c h e r.



Zeltlager an der Trettschall in Bayerisch Allgäu.



Essenträger

Um die Seele der Jugend

Die Jugendlichen-Gefährdung ist eines jener Probleme, dem bis vor verhältnismäßig kurzer Zeit nicht die Beachtung geschenkt wurde, die seiner Wichtigkeit entspricht. Deshalb erscheint es angebracht, diese Frage mehr als bisher auch in der Gewerkschaftspresse in den Vordergrund zu rücken.

Die Ansätze, die auf diesem Gebiete vorhanden sind, zeigen sich zum Beispiel darin, daß die freien Gewerkschaften dazu übergegangen sind, in ihren Organisationsapparat besondere Abteilungen für Jugendliche einzugliedern. Wenn sich bei den bisherigen Arbeiten auf diesem Gebiete die Mangelhaftigkeit der Forschung sehr lebhaft bemerkbar macht, so liegt darin die Notwendigkeit begründet, auch die in den Gewerkschaften zusammengefaßten Massen für dieses Problem zu interessieren, sie gewissermaßen in den Dienst der Abwehr gegen die Jugendlichen-Gefährdung zu zwingen. Da nun aber diese Bestrebungen zum großen Teil auf dem Gebiete der Jugendlichen-Erziehung liegen und diese nur zweckmäßig erfolgen kann, wenn es gelingt, viele Erwachsene in ihrer bisherigen Ideenwelt umzustellen, so ergibt sich daraus, daß es sich um ein Erziehungswerk nicht nur an den Jugendlichen, sondern auch an den Erwachsenen handelt.

So sehr auch die Meinungen nicht nur bei den Eltern — die in vielen Fällen auf dem Standpunkt stehen, sich in der Erziehung ihrer Kinder nichts dreinreden zu lassen —, sondern auch bei den Pädagogen auseinandergehen, ist man sich doch über die Tatsache einig, daß die Gegenwart mit ihrer Mechanisierung und Rationalisierung, die auch auf die Geister überzugehen droht, das den Jugendlichen eigene triebhafte Wesen gewaltig gesteigert hat. Wenn wir sagen, daß dieses triebhafte Wesen gesteigert worden ist, dann bedeutet das ein Zugeständnis, daß es immer schon — allerdings in geringem Maße — vorhanden war. Daß hier die Pubertätsjahre eine wichtige Rolle spielen, soll in diesem Zusammenhange nur angedeutet werden. Stellt man aber seine Forschung auf bewiesene Tatsachen ab, so muß als schwer ins Gewicht fallend bezeichnet werden, daß die Anzahl derjenigen Jugendlichen, die wegen Vergehen oder gar wegen Verbrechen zur Aburteilung kommen, stark zugenommen hat.

Will man sich über die Wege klar werden, die diesem Unheil Einhalt gebieten sollen, so wird man zunächst versuchen müssen, die Gründe für diese Tatsachen zu erkennen. Wie bei allen anderen mißlichen Erscheinungen auf sozialem Gebiete, spielt auch hier die Wohnungsnot eine ganz erhebliche Rolle. Man darf Wohnungsnot nicht mit dem Begriff „Wohnungsmangel“ verwechseln. Denn ganz besonders ist es das enge Zusammenwohnen in beschränkten Räumen, die dem Jugendlichen die Möglichkeit verschließen, sich in der Familie heimisch zu fühlen. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß Eltern, die mit ihren Kindern zusammengepfercht leben müssen, vielfach das Vorhandensein dieser Kinder als störend empfinden. Dazu kommt, daß Jugendliche verschiedenen Alters sich gegenseitig nicht nur physisch, sondern auch psychisch im Wege sind. Man kann hier von einer mangelnden Heimhaftigkeit sprechen. Der Jugendliche, der von seiner Umgebung losgelöst, nun anfängt, das, was sich um ihn herum ereignet, mit sich selbst in Beziehung zu bringen, der noch dazu keine Möglichkeit hat, seinen Neigungen irgendwie die Zügel schießen zu lassen, ja der vielfach nicht einmal die Möglichkeit besitzt, ungestört zu lesen und zu schreiben, wird zwangsmäßig hinausgetrieben und endet sehr häufig in Wirtshäusern mit ihren üblen Begleiterscheinungen.

Auf diese Art geht der innere Zusammenhang, der zwischen Eltern und Kindern bestehen soll, verloren. Die Lebensgemeinschaft ist, wenn auch nicht äußerlich, aufgelöst. Aber mehr noch als die Lebensgemeinschaft, unter der man sehr häufig nur das Beieinanderwohnen versteht, ist es die Lebensverbundenheit, die rein menschliche Bindung, zu deren Aufrechterhaltung kein Raum mehr vorhanden ist. Viele Eltern, die rein instinktmäßig an ihren Kindern hängen, verlieren dann das Interesse und gewöhnen sich daran, die Einflußnahme auf die Erziehung ihrer Kinder eingebüßt zu haben.

Ein nicht unerheblicher Grund der Jugendlichen-Gefährdung ist natürlich die steigende Erwerbslosigkeit. Statistisch nachgewiesenermaßen hält die Steigerung der Zahl der gescheiterten Jugendlichen Schritt mit der der Erwerbslosen. Hier muß auffallen, daß es in der Hauptsache die im Alter von 17 bis 21 Jahre Stehenden sind, die am stärksten betroffen werden. Die Ursache dafür festzustellen, scheint uns in diesem Zusammenhange ganz interessant zu sein, um so mehr, als sich hier für die Betätigung der Gewerkschaften ein deutliches Merkmal ergibt.

Wir sprachen vorhin von den Jugendlichen, die nicht die Möglichkeit haben, ihren inneren Neigungen auch nur teilweise nachzugehen. Auch hier zeigt sich ein Grund, der viele Jugendliche den Weg, der gegen die Gesetze verstößt, einschlagen läßt. Der Drang, die naturgemäß hervorbrechenden Neigungen zu befriedigen, der Jammer über die innere Leere, die mit solchen unbefriedigten Neigungen verbunden ist, ist stärker als der Wille zur Korrektheit, ist größer als der Respekt vor Eltern, Erziehern und vor dem Gesetze. Betroffen werden aber nicht nur die Erwerbslosen. Bestärkt wird z. B. dieser Trieb bei dem Jugendlichen, der in einem der modernen mechanisierten Betriebe tätig ist. Am laufenden Band arbeiten, Tag für Tag dieselben Bewegungen in einer bestimmt vorgeschriebenen Zeit machen zu müssen, bedeutet Ausschaltung des Geistes bei der Tätigkeit und bedeutet weiter, daß dieser Geist in verstärktem Maße nach Betätigung auf anderen Gebieten hungert. Ueberläßt man den Jugendlichen in solcher Situation sich selbst, so wird der Geist deselben sich sehr häufig in falscher Richtung, oder wie wir so hübsch sagen, abnorm betätigen. Hier muß die Tätigkeit der Gewerkschaften einsetzen. Führt man diesen Jugendlichen das Wirken der freien Gewerkschaften vor Augen, zeigt man ihnen, was in der Vergangenheit geleistet wurde, macht man ihnen klar, wie die Aufgaben der Gewerkschaften gewachsen sind und versucht man sie davon zu überzeugen, wieviel nutzbringender noch, insbesondere auf kulturellem Gebiete, gearbeitet werden könnte, so wird es gelingen, den Jugendlichen in diese Ideenwelt hineinzuführen, seine nach Betätigung schreiende Seele zu erfassen und ihn loszulösen von schädlichen Einflüssen. Der Vorzug liegt auf verschiedenen Gebieten. Einmal sind es die Gewerkschaften selbst, die tatsächlich der Mitarbeit junger vorwärtstürender Kräfte bedürfen; die Betätigung dieser jungen Genossen ist also auch für sie wertvoll, und zum zweiten bietet sich hier die Gelegenheit, die Jugendlichen unter sich zusammenkommen zu lassen, damit sie an sich selbst und an ihren eigenen Altersgenossen das Werk der Erziehung vollbringen können. Daß man dabei die jungen, naturgemäß oft ungeduldbigen und stürmischen Gemüter vor Ozeansfliegerei bewahrt und ihnen takt- und verständnisvoll den richtunggebenden Kompaß vorhält, wird hier zur Selbstverständlichkeit.

So wie die Gewerkschaften auf anderen Gebieten bahnbrechend und richtunggebend sind, so müssen die Gewerkschaften auch auf dem Gebiete der Jugendlichen-Gefährdung wirken. Was die Schulen versäumen, was die Eltern vielfach nicht können, müssen die Gewerkschaften versuchen, in die Praxis umzusetzen. Es kommt nach unserer Meinung nicht so sehr darauf an, z. B. neue Fürsorgeanstalten zu bauen, als vielmehr den Geist, der in ihnen herrscht, zu revolutionieren.

Spricht es nicht geradezu Bände, daß man im Jahre 1928 in einer ostpreußischen Zeitung folgende Annonce lesen konnte: „Unteroffizier oder früherer Schlächter als Aufseher für eine Fürsorgeanstalt gesucht.“ Im selben Zeitraum wird in der „Frankfurter Oder-Zeitung“ für ein Knabenerziehungsheim ein starker Mann als Erzieher gesucht. „...selbiger muß imstande sein, die Aufsicht in straffer, energischer Manneszucht zu führen. Ehemaliger Feldwebel oder Schlächter bevorzugt.“

Wir wollen gewiß nicht verallgemeinern; aber von diesen Resten absolutistischer Gummiknüppelerziehung bis zu einer Jugendlichen-Betreuung, wie sie uns vorschwebt, ist ein außerordentlich weiter Weg. Ein Weg, so voll von Widerständen, daß es der Kraft der freien Gewerkschaften bedarf, um auch auf diesem Gebiete der Kultur eine Gasse zu bahnen.

Was ist denn bisher geschehen? Man hat z. B. in den verschiedensten Städten Jugendfürsorgestellen eingerichtet. Was aber sollen diese erreichen, wenn eine Fürsorgeschwester einen ganzen Stadtbezirk zu versehen, oder was nützt z. B. die Einrichtung der Schulärzte, wenn ein Schularzt 6000 Kinder zu betreuen hat. Es ist ganz unmöglich, daß er auch nur einigermaßen den körperlichen Leiden vorbeugt, keineswegs aber kann er in die Seelen dieser jungen Menschen eindringen. — Schulerziehung? Bedarf es noch eines Wortes dazu? Für die meisten hört der Schulbesuch auf, wenn die Erziehung am notwendigsten ist.

Es wird so manches von dem Suchen nach der Seele des Arbeiters gesprochen und geschrieben. Es kommt darauf an, zu welchem Zweck man das tut. Wenn der Arbeitgeber die Seele des Werkstätigen sucht, dann in 99 von 100 Fällen, um ihn gefügig zu machen und seinen eigenen Beutel zu füllen. Wenn wir, die freien Gewerkschaften, dies tun, dann immer nur aus dem Grunde, um der Gesamtheit zu dienen. Leop.

Dritte Sitzung des Bundesausschusses des ADGB.

Stellungnahme zur Arbeitslosenversicherung

Am 30. Juli trat der Bundesausschuß des ADGB. zu seiner dritten Tagung zusammen. Der Vormittag war der Besichtigung des Harnack-Hauses gewidmet, des Mittelpunktes der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die 1911 zur Förderung der Wissenschaften gegründet worden war. Nach einer Begrüßung durch den Präsidenten, den greisen Gelehrten Prof. A. v. Harnack, gab der Generaldirektor Dr. F. Glum einen längeren Abriss über den Aufbau und die Aufgaben der Gesellschaft. Ihr gehören 30 Institute an, von denen die Hälfte erst nach der Staatsumwälzung mit Hilfe der jungen deutschen Republik gegründet worden ist.

Den Vorträgen schloß sich die Besichtigung des von den Gewerkschaften gestifteten Legien-Zimmers im Harnack-Haus an, sowie ein Rundgang durch einige der Forschungsinstitute. In der Nachmittagsitzung erstattete Leipart den

Bericht des Bundesvorstandes.

Der ADGB. hätte am 1. Juli sein zehnjähriges Jubiläum feiern können. Es ist davon Abstand genommen worden. Aber es sei doch wenigstens mit einigen Worten der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß die festere Bindung der Gewerkschaften durch die Gründung des Bundes nicht bereut zu werden braucht. Die Gewerkschaftsbewegung ist dadurch kräftiger geworden und wird auch die neuen Aufgaben leichter bewältigen können, die in der Zukunft an sie heranreten werden. Der Bundesvorstand hat beschlossen, den Ausbau der Tariffstatistik in die Wege zu leiten. Das wird um so leichter sein, als bereits eine Anzahl unserer Verbände eine mustergültig ausgebaute Tariffstatistik besitzen. Der Reichstag hat kurz vor seinen Ferien Zollerhöhungen für eine Reihe wichtigster Lebensmittel beschlossen. Die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die Lebenshaltung werden vom Vorstand eingehend verfolgt werden. Eine der nächsten Bundesausschusssitzungen wird sich dann ausführlich mit den gesamten Fragen der Landwirtschaft beschäftigen müssen.

Darauf erhielt Spliedt das Wort zu seinem Bericht über die Reformvorschlüge zur Arbeitslosenversicherung

des vom Reichsarbeitsminister eingesetzten Sachverständigenausschusses. Spliedt gab einen Ueberblick über die Arbeiten der Sachverständigenkommission. Er betonte, daß der Vorschlag der Einsetzung eines Sachverständigenausschusses, insbesondere von den freien Gewerkschaften, gemacht worden sei, um den teilweise äußerst unsachlichen Parteistreit in eine ruhigere Atmosphäre überzuleiten. Jedoch hätten sich die auf den Ausschuß gesetzten Erwartungen schon darum nicht erfüllen können, weil die für die Beratungen vorgesehene Zeit von vier Wochen gänzlich unzureichend gewesen sei. Aus diesem Grunde seien beispielsweise die Heimarbeiterfrage und die Frage der unständig Beschäftigten nicht positiv geregelt, sondern dem Verwaltungsrat der Reichsanstalt zur näheren Beschlußfassung überwiesen worden. Zum Verständnis der Beschlußfassung des Ausschusses sei im übrigen die Art der Zusammenfassung entscheidend. Die freien Gewerkschaften hätten zusammen mit den Vertretern der sozialdemokratischen Fraktion nur über fünf Stimmen verfügt. Es sei noch kein wesentlicher Rückhalt an den Vertretern der anderen Gewerkschaftsrichtungen zu finden gewesen, weil insbesondere die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften in ihrem Bestreben, Ersatzkassen für die Angestellten zu schaffen, jegliche Solidarität vermissen ließen. Aber auch die im Ausschuß vertretenen Länderregierungen hätten sich weitgehend bereit gezeigt, an Verschlechterungen der Versicherung mitzuwirken. Leider müsse dieser Vorwurf in vollem Umfange besonders gegenüber dem preussischen Vertreter erhoben werden.

Auf die Einzelheiten der Kommissionsberatungen eingehend, stellte Spliedt in den Vordergrund seiner Ausführungen, daß die den dort gestellten Berechnungen zugrunde gelegte Schätzung der voraussichtlichen Arbeitslosigkeit über jedes gerechtfertigte Maß hinausgegangen sei. Die Schätzung der jahresdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit von 1,1 Millionen Hauptunterstützungsempfängern in der Versicherung sei weder durch die Erfahrungen der Vergangenheit zu belegen, noch durch die zu erwartende Entwicklung des Arbeitsmarktes begründet. Auf dieser falschen Schätzung bauten sich aber die wichtigsten Ergebnisse der Kommissionsberatungen auf. Der Vorschlag der Gewerkschaften, eine Beitragserhöhung um 1 Proz. des Lohnes vorzunehmen, sei abgelehnt worden. Gewählt worden sei der Weg der Kombination einer Beitragserhöhung um ½ Proz. des Lohnes einerseits und Einsparungen in der Unterstützung andererseits. Diese Einsparungen sollten zu einem wesentlichsten Teile durchgeführt

werden durch eine Staffelung der Unterstützungshöhe nach der Anwartschaftszeit, so daß in Zukunft nur bei einer ununterbrochenen mindestens 52wöchigen Beschäftigungsdauer die heutigen Unterstüzungssätze erreicht werden könnten. Die Annahme eines solchen Vorschlages würde für fast 75 Proz. der Arbeitslosen eine wesentliche Herabsetzung ihrer Unterstützung bedeuten. Es sei auch zu bestreiten, daß die weiterhin vorgeschlagene Modifikation dieses Antrages, wonach die Gruppen I bis VI von der Kürzung unberührt bleiben sollten, im Interesse der allgemeinen sozialpolitischen Aufgaben der Versicherung, die sie insbesondere auch für qualifizierte und höher entlohnte Berufsgruppen habe, gelegen sei. Für ebenso unerträglich wie die Annahme eines solchen Antrages bezeichnete Spliedt die von der Kommission beschlossene Verlängerung der Wartezeit für Hauptunterstützungsempfänger ohne Zuschlagsberechtigte auf zwei Wochen. Ebenso äußerte er erhebliche Bedenken gegen die vorgesehene Senkung der Unterstützung bei Ortswechsel durch Anpassung an das Lohnniveau des jeweiligen Unterstüzungsortes. Dieser Antrag, der vorwiegend für die Saisonarbeiter Bedeutung habe, werde nun aber noch weiter dadurch verschärft, daß darüber hinaus eine allgemeine Senkung der Saisonarbeiterunterstützung auf die Sätze der Krisenunterstützung und eine allgemeine Verlängerung der Wartezeit für Saisonarbeiter, auch für solche mit Angehörigen, beschlossen worden sei. Durch diese Beschlüsse sei der mit dem vorher erwähnten Staffelantrag von seinen Urhebern insbesondere verbundene Zweck, eine Sonderregelung für die Saisonarbeiter überhaupt überflüssig zu machen, praktisch unmöglich geworden.

Spliedt wies des weiteren noch darauf hin, daß in der Frage der eigentlichen Mißstände und erkennbaren sozialpolitischen Ueberspannungen geeignete Vorschläge auch die Zustimmung des ADGB. gefunden hätten. Unmöglich sei jedoch die Zustimmung zu den eigentlichen Abbauanträgen gewesen, und zwar um so mehr, als nach den von den Sachverständigen des ADGB. angestellten Berechnungen auch eine Beitragserhöhung um nur ½ Proz. zusammen mit den auch von ihnen anerkannten Ersparnismöglichkeiten aller Wahrscheinlichkeit nach völlig ausreichend sei zur Sanierung der Versicherung. Er sei sich darüber klar, daß diese Mehrheitsvorschlüge des Ausschusses im Reichstage eine schwierige politische Lage schaffen werden. Auf der anderen Seite aber müsse er betonen, daß diese Schwierigkeiten mit allen Konsequenzen in Kauf genommen werden müßten, wenn es gälte, einen ungerechtfertigten Abbau der Arbeitslosenversicherung zu verhindern.

In der Debatte sprach zunächst Bernhard (Bauarbeiter): Wir decken keine mißbräuchliche Ausnutzung der Arbeitslosenversicherung. Aber auch die Arbeitgeber, die am meisten über Mißbrauch schreiben, nutzen die Versicherung aus. Mit aller Wucht sollte die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag die Frage stellen: „Muß es denn überhaupt so viel arbeitslose Bauarbeiter geben?“ Sollte man sie nicht vielmehr beschäftigen und damit gleichzeitig den Wohnungslosen die begehrte Unterkunft schaffen? Ist die augenblickliche Arbeitslosigkeit im Baugewerbe — mitten im Sommer — etwa noch als jahreszeitliche Erscheinung zu werten? Sind die Bauarbeiter, die noch jetzt keine Arbeit haben, nur als „saisonmäßige“ Arbeitslose zu bezeichnen? Die Grundlage der Versicherung ist beseitigt, wenn die Versicherung der Saisonarbeiter herausgebrochen wird. Wir könnten uns mit einer Regelung einverstanden erklären, nach der die Versicherung nicht auf dem Akkordlohn, sondern auf dem Tariflohn basiert. Weiter können wir aber nicht gehen. Unsere Arbeiter bringen nur mit Mühe die verlangten 26 Wochen auf. Der Bauarbeiter hat freilich einen höheren Stundenlohn; aber er hat nicht nur Lohnausfall im Winter, sondern auch im Sommer durch schlechtes Wetter, durch den ständigen Wechsel von Baustelle zu Baustelle usw. Die Anpassung der Unterstützung an die Lohnhöhe des Wohnortes statt an die des Arbeitsortes würde gerade die Bauarbeiter treffen.

Brenn (Fabrikarbeiter): Es ist Aufgabe des Staates, jedem, der arbeitsfähig ist, auch Arbeit zu verschaffen. Dieser Standpunkt wird selbstverständlich auch von der SPD-Fraktion im Reichstag vertreten. Zollpolitik, Young-Plan, Arbeitslosenversicherung sind die drei Kampfpositionen im Herbst. Die Sätze für die Arbeitslosen sind im allgemeinen nicht mehr zu beschränken. Die Gemeinden müssen schon jetzt nicht nur zur Krisenunterstützung, sondern auch teilweise zu den niedrigen Sätzen der Versicherung beitragen. Würden die Leistungen verringert, so könnte das nur auf Kosten der Gemeinden geschehen. Das wäre für uns unerträglich.

sich und wir würden die politischen Folgerungen daraus ziehen müssen.

Simon (Schuhmacher): Wenn die Staffellung durchgeführt wird, dann fallen mehr als drei Viertel aller Schuhmacher in den Kreis derjenigen, die nicht die vollen Unterstützungssätze erhalten.

Brandes (Metallarbeiter): Wenn wir in der Arbeitslosenversicherung einen Abbau vornehmen würden — wir könnten es nicht vor unseren Mitgliedern verantworten. Bei diesem Punkte müssen wir gegebenenfalls die äußersten Konsequenzen ziehen. Partei und Gewerkschaften gehören zusammen; aber die Partei sollte dafür sorgen, daß nicht innerhalb der Gewerkschaften eine Unzufriedenheit gegen sie aufkommt. Die Reformvorschläge sind für uns nach jeder Richtung hin untragbar. Sie müssen auch für den Reichsarbeitsminister untragbar sein. Wir sind bereit, alle Folgerungen zu ziehen.

Schrader (Textilarbeiter): Auch bei den Textilarbeitern ist die Not riesengroß. Wir können keine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung in Kauf nehmen. Immerhin sollten wir bedenken, daß neben sozialpolitischen auch allgemeinpolitische Gesichtspunkte in Betracht kommen.

Tarnow (Holzarbeiter): Die Beitragserhöhung von $\frac{1}{2}$ Proz. ist zwar vom Reformausschuß angenommen, aber noch nicht vom Parlament. Wir treten für eine Beitragserhöhung ein. Dann sind noch zwei einschneidende Vorschläge: Abbau der Saisonarbeiterversicherung und Staffellung der Unterstützungshöhe nach der Anwartschaftszeit. Es ist eine ganz großzügige Offensive seitens der Unternehmer: Senkung des Lohnniveaus auf dem Wege der Verringerung der Arbeitslosenunterstützung. Es sollen ja gerade die Arbeiter in den höheren Lohnklassen mürbe gemacht werden.

Schmidt (Landarbeiter) schließt sich den Ausführungen Schraders und Tarnows an. Eine Resolution wäre nicht nötig gewesen. Unsere Mitglieder im Lande sollten es auch ohne eine solche wissen, daß wir hier bis zum Letzten kämpfen.

Pietil (Bekleidungsarbeiter): Der Berichterstatter hat kaum von der Heimarbeit gesprochen. Die Heimarbeit in der Bekleidungsindustrie nimmt keine Sonderstellung ein, die sie etwa von der übrigen Arbeiterschaft weitgehend unterscheidet. Auch er schließt sich den Darlegungen seiner drei Vorredner weitgehend an.

Wolgaft (Zimmerer): Wir sind stark daran interessiert, daß unsere Parteifreunde in der Regierung sitzen. Aber es gibt eine Grenze, die wir nicht überschreiten dürfen.

Otto (Bauarbeiter): Wir haben 40 000 Bauarbeiter mit einem Stundenlohn von 1,50 bis 2 Mk. und mindestens 100 000 Arbeiter mit einem Stundenlohn von weniger als 1 Mk. Der niedrigste Lohn beträgt 58 Pf. Glaubt man, daß diese Leute von ihrem Sommerlohn einen Teil für den Winter zurücklegen können? Und es gibt andere Saisonberufe, wie die Steinarbeiter, Gärtner, Baggerarbeiter, die noch geringere Löhne erhalten. Durch die Notstandsarbeiten wird der Kreis der Saisonarbeiter immer größer.

Brandes (Metallarbeiter): Kein Arbeiter ist davor sicher, daß er nicht am nächsten Tage auf der Straße liegt. Deshalb fühlt sich die gesamte Arbeiterschaft in dieser Frage solidarisch. Wir haben heute die gleiche Lage, wie wir sie bei dem Abbau des Achtstundentages gehabt haben.

Spieß: Es ist nicht daran gedacht, die Heimarbeiter aus der Versicherung herauszunehmen. Ob später im einzelnen Unterschiede herauskommen, das kann natürlich niemand voraussagen.

Zusammenfassend stellt **Leipart** die Uebereinstimmung des Ausschusses fest in der entschiedenen Ablehnung der Vorschläge des Reformausschusses. Wir dürfen es uns nicht gefallen lassen, daß nur die Arbeiterschaft die Opfer der Rationalisierung tragen soll. Die Arbeitslosigkeit wird im Laufe der Zeit geringer werden. Wir können es nicht zugeben, daß der Reichsfinanzminister bei seiner Ablehnung verbleibt, der Reichsanstalt auf keinen Fall Sonderbeiträge zur Verfügung zu stellen. Wie gering erscheint eine solche Summe gegenüber den riesigen Lohnverlusten, die durch den Arbeitsausfall entstehen. Die Gewerkschaften haben eine Erhöhung der Beitragslasten angeboten; die andere Seite hat sie nicht angenommen. Was die Unternehmer beizutragen haben, wird letzten Endes doch auch von der Arbeiterschaft erarbeitet. Erst sprach man nur von Mißbräuchen —; jetzt soll dieser Einwand plötzlich nicht mehr gelten? Jetzt soll eine Verminderung der Leistungen notwendig sein? Die Gewerkschaften werden sich dagegen zur Wehr setzen.

Einstimmig wurde sodann folgende Entscheidung angenommen:

Der Bundesausschuß lehnt die von der Mehrheit des Sachverständigenausschusses zur Reform der Arbeitslosenversicherung gemachten Vorschläge, soweit diese über die Beseitigung offensichtlicher Mißbräuche und

sozialpolitisch unerwünschter Gescheenswirkungen hinaus eine allgemeine Verschlechterung der Versicherungsleistungen eintreten lassen, entschieden ab. — Die Staffellung der Unterstützungshöhe nach der Länge der ununterbrochenen Beitragsleistung ist eine Verschönerung der elementarsten sozialpolitischen Grundsätze. Die Verlängerung der Wartezeit auf zwei Wochen stellt eine untragbare Härte dar. Untragbar ist die noch weit hierüber hinausgehende Unterstützungsbeschränkung für die Saisonarbeiter. — Der vorgeschlagene allgemeine Leistungsabbau wird mit dem Zwang zur finanziellen Sanierung der Arbeitslosenversicherung zu rechtfertigen versucht, wobei ein Jahresdurchschnitt von 1,1 Millionen Unterstützter zugrunde gelegt wird. Der Bundesausschuß erhebt schärfsten Protest dagegen, daß ein so fürchtbares Ausmaß von Arbeitslosigkeit kassibütig zur Grundlage einer Dauerregelung der Versicherung gemacht wird. Er verlangt, daß statt dessen endlich energische Abwehrmaßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit durchgeführt werden, wie sie von den Gewerkschaften seit Jahren vorgeschlagen worden sind, zu denen nunmehr auch eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit notwendig wird. — Ein Abbau der Arbeitslosenunterstützung läßt sich um so weniger begründen, als tatsächlich die von der Mehrheit der Sachverständigenkommission empfohlene Beitragserhöhung um ein halbes Prozent in Verbindung mit einer ertäglichen Regelung der Saisonarbeiterunterstützung ausreichen würde, um die Sanierung der Versicherung herbeizuführen. — Aus allen diesen Gründen verlangt der Bundesausschuß von der Regierung und dem Reichstag die Ablehnung aller auf den grundsätzlichen Abbau der Versicherungsleistungen gerichteten Bestrebungen. Es stimmt der Haltung seiner Sachverständigen in der Reformkommission zu und beauftragt den Bundesvorstand, alle Maßnahmen zu treffen, um eine Regelung im Sinne der bisher vom Bundesvorstand vertretenen Auffassung zu erreichen.

Anschließend berichtet **Schlimme** im Auftrage der Kommission zur Durchführung der Verwaltungsreform über die Vorschläge zur Schaffung einheitlicher Uebertrittsbestimmungen. In der Bundesausschußung ist vorgeschrieben, daß bei Berufswechsel die Mitglieder unter Anrechnung ihrer geleisteten Beiträge zu der Gewerkschaft des neuen Berufes übertreten sollen, wenn die Beschäftigung im neuen Beruf die Dauer von drei Monaten überschreitet. Mit der Einführung der Invalidenunterstützung in den Gewerkschaften haben sich Schwierigkeiten ergeben, weil von den bisher 35 Verbänden nur etwa 22 mit rund 3,5 Millionen Mitgliedern diesen neuen Unterstützungsweig beschlossen oder durchgeführt haben und die Mitglieder beim Uebertritt zu den Verbänden ohne Invalidenunterstützung Gefahr laufen, ihre erworbene Anwartschaft auf eine fortlaufende Invalidenunterstützung zu verlieren. Umgekehrt werden bei Uebertritten zu einem Verbandsmitglied Invalidenunterstützung die in der früheren Gewerkschaft geleisteten Beiträge auf diesen Unterstützungsweig nach ganz verschiedenen Grundsätzen angerechnet. Die Leistungen und Gegenleistungen in diesem für die Mehrzahl der Gewerkschaften neuen Unterstützungsweig sind außerdem auf Grund der verschiedenenartigen Struktur und der grundverschiedenen Risiken nicht einheitlich und können es auch nicht sein. Um Härten bei Uebertritten zu vermeiden, mußte der Versuch einer einheitlichen Regelung unternommen werden, ohne daß den Einzelverbänden tragbare Lasten aufgebürdet wurden. Die vorgelegten Richtlinien der Kommission wurden zur Kenntnis genommen. Die Verbandsvorstände sollen ihre Stellungnahme dem Bundesvorstand schriftlich mitteilen. Es bleibt dann dem Vorstand des ADGB vorbehalten, die Kommission noch einmal mit der Frage zu beschäftigen.

Ich halte es für Christenpflicht, immer und immer wieder zu betonen: Jeder Mensch hat ein Anrecht auf ein menschenwürdiges Dasein, auf einen ausreichenden Lohn, auf eine gesunde Wohnung, auf genügende Erholung. Und wenn es der Sozialismus ist, der diese Forderungen aufstellt, so handelt er eben in diesem Falle christlich. Wir müssen dann nach meinem Erachten die Grenzlinie zwischen Kapitalismus und Christentum so scharf wie möglich ziehen. Das scheint mir noch viel wichtiger als die Betonung, daß sich Christentum und Sozialismus wie Feuer und Wasser gegenüberstehen. Der Kapitalismus ist nicht die gottgewollte Weltordnung. Er ist der größte Feind des Christentums. Er hat die Massen aus der Kirche hinausgeführt. Wir müssen jeden Schein der Verbindung mit ihm meiden, ob er sich Bürgerblock oder Einheitsfront gegen den Sozialismus oder anders nennt. Unser Platz ist auf Seiten des arbeitenden Volkes, ist in der Front der Kämpfer gegen die Ausbeutung, gegen die Versklavung des Volkes. Es kommt eine neue Ordnung. Die soziale Reaktion ist eifrig am Werke, die sozialen Errungenschaften der letzten Zeit wieder abzubauen. Man braucht nur gelegentlich die Auslassungen über die Sozialversicherung, Betriebsausschüsse, über die Belastung der Wirtschaft usw. zu lesen. Derbinden sich christliche Politiker mit der sozialen Reaktion, mit den Klassenkämpfern aus dem Lager des Kapitalismus, so zwingen sie die christlich denkende Arbeiterschaft, sich nach einer andern politischen Vertretung umzusehen oder treiben sie in das Lager des Sozialismus.

Warrer, Reichenderger, Generaldirektor des katholischen Volksbundes in der Fischhofstraße.

Um die Erhaltung des Düsseldorfer Stadttheaters

Im Kampfe gegen die kommunale Wirtschaft tut sich besonders die Wirtschaftspartei hervor. Ihrem Vorgehen müssen sich die anderen bürgerlichen Parteien, weil auch sie privatkapitalistisch denken, in verstärktem Maße anschließen, da sonst ihr Parteigebäude zusammenstürzen würde. Das zeigt sich auch im Düsseldorfer Stadtparlament. War es im vorigen Jahr der städtische Fuhrpark, dem man 500 000 Mk. Etatsmittel strich (die allerdings durch Eingreifen unseres Verbandes später wieder nachbewilligt wurden), so mußte in diesem Jahr bei den Etatsberatungen das städtische Theater daran glauben.

Es soll von vornherein zugegeben werden, daß an dem städtischen Theater Düsseldorfs gespart werden kann. Wenn z. B. für das Stück „Eduard II.“ 82 neue Kostüme benötigt werden und vier Wochen Tag für Tag für dieses Stück Bühnenproben stattfinden, wenn zwei Gäste für dieses Stück herangeholt und sehr hoch bezahlt werden, wenn außerdem einige Schauspieler auf Grund bestimmter Abmachungen für dieses Stück eine höhere Summe als Spielgelder erhalten, so zeigt dies u. a., welche hohe Kosten ein solches Stück verursacht. Wenn wir dem gegenüberstellen, daß dieses Stück nur fünfmal aufgeführt worden ist (in einer Vorstellung waren nur 17 zahlende Besucher anwesend), so muß man zu der Auffassung kommen, daß die leitenden Persönlichkeiten versagt haben und daß solche Begebenheiten, deren man noch mehrere anführen könnte, zu hohen Zuschüssen führen müssen.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 16. März 1929 forderte die Verwaltung für das Theater einen Zuschuß von 1 733 400 Mk.; bewilligt wurde aber nur der Zuschuß des vorigen Jahres in Höhe von 1 370 000 Mk. Im übrigen sollte der Finanzausschuß mit der Verwaltung über die Neuregelung der Theaterverhältnisse verhandeln.

Wie ein Bliz aus heiterem Himmel erschien eines guten Tages ein Vorschlag des Oberbürgermeisters in den Zeitungen, wonach das Schauspiel an das private Düsseldorfer Schauspielhaus übertragen werden sollte. Ebenfalls sollte das kleine Düsseldorfer Stadttheater an das Schauspielhaus verpachtet werden (Düsseldorf hat ein „Großes“ und ein „Kleines Haus“). Die Verwirklichung dieses Vorschlages hätte manche technische Maßnahmen und weitgehende Eingriffe in das Arbeitsverhältnis der Theaterarbeiter zur Folge gehabt. Während von der Stadtverwaltung Pressevertreter und sonstige Interessenten zu einer Aussprache über diesen Vorschlag zusammengerufen wurden, dachte niemand daran, auch einmal den Betriebsrat zu hören. Beschwerdeführend wandte sich deshalb der Betriebsrat schriftlich an den Oberbürgermeister, der sich daraufhin folgende Antwort erlaubte:

„Dem Betriebsrat dürfte bei seinem Schreiben § 67 des BNG. entgangen sein, wonach für Theaterbetriebe die Ziffern 1 und 2 des § 66 keine Anwendung finden. — Im übrigen bin ich für Vorschläge, die auf Ersparnisse im Theaterbetriebe hinführen, jederzeit dankbar und stelle dem Betriebsrat anheim, mir durch die Hand des Herrn Generalintendanten Fitz solche Vorschläge schriftlich zuleiten zu wollen. gez. Dr. Lehr.“

Der Betriebsrat erteilte dem Herrn Oberbürgermeister folgende Antwort:

„Bei Abfassung unseres Schreibens war uns der § 67 des BNG. nicht unbekannt. Wir wissen, daß es in diesem Paragraphen heißt, daß die Absätze 1 und 2 des § 66 auf die Betriebe, die künstlerischen Bestrebungen dienen, keine Anwendung finden sollen, aber nur insoweit, wie es die Eigenart dieser Bestrebungen bedingt. Nach dem Kommentar von Platow heißt es, daß trotzdem die Absätze 1 und 2 des § 66 des BNG. nicht allgemein ausgeschlossen seien. — Platow sagt, daß — soweit sich die Änderungen eines solchen Betriebes auf die technische Seite des Produktionsprozesses, also in wirtschaftlicher Hinsicht, beziehen — der im Absatz 1 gemeinte Rat und die im Absatz 2 genannte Mitarbeit nicht einzuengen sei. — Der Betriebsrat ist der Auffassung, daß die geplanten Änderungen im Theaterbetriebe wirtschaftliche Umstellungen sind mit dem Zweck, den Etat der städtischen Theater finanziell besser zu gestalten. Laut Mitteilungen durch die Tageszeitungen sollen ja auch Personalveränderungen vorgenommen werden. — Auch aus diesem Grunde wäre es entsprechend dem § 74 des BNG. notwendig gewesen, daß die Verwaltung dem Betriebsrat ihre Vorschläge unterbreitet hätte. — Wir glauben deshalb doch richtig gehandelt zu haben, wenn wir in unserem Schreiben darauf hinwiesen, daß man den Betriebsrat trotz der gesetzlichen Verpflichtung nicht von den Umstellungen des Theaterbetriebes so frühzeitig unterrichtet hat, damit er auch seinerseits geeignete Vorschläge machen konnte. Der Betriebsrat nimmt dieses Schreiben zum Anlaß, Sie, Herr Oberbürgermeister, zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß für die Zukunft die für den Betriebsrat im Gesetz festgelegten Rechte gewahrt werden.“

Der Betriebsrat der städtischen Theater. F. A. gez. Göhmann.“

Die Abgabe des Schauspiels und die Verpachtung des „Kleinen Hauses“ an das private Düsseldorfer Schauspielhaus sollte unter untragbaren Verhältnissen für die Bürgererschaft erfolgen. Einige

Auszüge aus dem Vorschlage des Oberbürgermeisters mögen dieses beweisen:

Die laufenden Unterhaltungsarbeiten und sonstigen Ausgaben hätte nach wie vor die Stadt zu tragen. Als Pachtsumme sollte das Schauspielhaus 5 Proz. des Bruttoumsatzes an die Stadt abführen (es würde dieses im Durchschnitt 15 000 bis 20 000 Mk. im Jahr ergeben haben). Bei Gastspielen sollten nur 5 Proz. von den Nettoüberschüssen an die Stadt gezahlt werden. Einfluß auf den Spielplan sollten die Stadtverordneten nicht bekommen. Die Verbilligung der Eintrittskarten für die Volksbühnen usw. sollte aufgehoben und die Eintrittspreise allgemein erhöht werden. 43 Leute sollten entlassen werden. Ein kleiner Teil der Künstler sollte aus städtischen Diensten ausscheiden.

Es sollten also die 363 400 Mk., die die Stadtverordneten nicht bewilligt hatten, auf diesem Wege eingespart werden. Bei etwas Ueberlegung wird jeder zu dem Schluß kommen müssen, daß die Durchführung solcher Maßnahmen einen wirtschaftlichen Unsinn für die Stadt bedeutet hätte. Daß die bürgerlichen Parteien trotzdem diesen Vorschlag stützten, versteht sich von selbst; denn es kam für sie in erster Linie darauf an, einen städtischen Betrieb in die Privatwirtschaft zu überführen.

Eine Düsseldorfer Zeitung erlaubte sich anlässlich einer besonderen Vorstellung in den Tagen der Auseinandersetzung über die Düsseldorfer Theaterverhältnisse folgendes zu schreiben:

„So nahm sich denn das „Große Haus“ gestern höchst festlich aus. Man sah ein Bild, wie es früher selbstverständlich war: Die Damen in großer Toilette, die Herren in Frack oder doch Smoking. Solche Feierlichkeit gehört nun einmal zum Theater, paßt einzig in die Umwelt des 1. Ranges, der dekorativen Logen, des Parketts. Sie gibt dem Zuschauerraum den repräsentativen Glanz und Schimmer, dem Foyer in den Pausen die rauschenden Akzente, ohne die das Theater als auch gesellschaftliche Angelegenheit farblos bleiben muß. Man soll nicht sagen, daß solche Aufmachung mit dem künstlerischen Genießen an sich nichts zu tun habe. Sie erhöht die Stimmung, macht auch denen Freude, die von bescheidenen Plätzen aus dem bunten Gewoge da unten zusehen. Und sie gibt der Kunst und den Künstlern die ihnen zukommende Ehre. Wenn wir zum Tanz, zum Diner im festlichen Gewand gehen, sollten wir den edelsten Freuden im Alltagskleide uns hingeben? In den großen Konzerten ist ja der Gesellschaftsanzug fast durchweg wieder unerlässliche Forderung. Und nun rede man nicht von Probererei und Neugierigkeit: Der Luxus gehört zum Leben, er bringt Augenfreuden, setzt ganze Industrien in Nahrung und stimmt — wie gesagt — selbst (neidlose) Gemüter höher, denen seine reichste Entfaltung versagt bleiben muß.“

Das ist die Auffassung derer, die das „Kleine Haus“ aus der Hand der städtischen Verwaltung herausreißen wollten. Sagen diese Zeilen nicht deutlich genug, daß die „Creme“ der Gesellschaft wieder allein im Theater dominieren und den „Plebs“ draußen lassen möchte?

Aufgabe unserer Organisation war es, dafür zu sorgen, daß keine Mehrheit für die Verpachtung des „Kleinen Hauses“ an das private Schauspielhaus zustande kam. Unter Führung der SPD. beschloß die Stadtverordnetenversammlung am 10. Juni 1929, die Verpachtung abzulehnen. Hierfür stimmten SPD., KPD. und Zentrum. (Letzteres nahm diese Stellung insbesondere aus kulturpolitischen Gründen ein.) Trotz dieser Beschlüsse ist das „Kleine Haus“ stillgelegt und sind 43 Leute vom technischen Personal entlassen worden. Nach Aussagen des Oberbürgermeisters soll durch die Streichung der 363 400 Mk. beschlossen sein, daß am Düsseldorfer Stadttheater kein Schauspiel mehr aufgeführt werden solle. Es ergäbe sich daraus diese Stilllegung. Selbst wenn das richtig sein sollte, liegt doch der Erfolg unserer Tätigkeit darin, daß die Ueberführung eines städtischen Betriebes aus der kommunalen in die private Hand verhindert worden ist. Ueber dieses hinaus sind wir selbstverständlich bereit, an einer rationalen Betriebswirtschaft der städtischen Theater mitzuwirken, denn die hohen Zuschüsse können nicht weiter getragen werden, zumal für Wohlfahrtszwecke usw. Gelder dringend notwendig sind. Deshalb ist es aber nicht notwendig, daß die städtischen Theater aufgegeben werden. Unsere Aufgabe muß sein, dahin zu wirken, daß die Zuschüsse auf das Maß des Erträglichsten herabgedrückt werden, ohne daß die Städte die Kulturstätten aus der Hand geben. Dieses zu erreichen, soll und muß für die nächste Zeit eine unserer wichtigsten Aufgaben mit sein. Die jetzige Situation zwingt die Verwaltung zu andern Maßnahmen.

Im Augenblick hat die Düsseldorfer Verwaltung einen neuen Haushaltsplan für die Theater dem Finanzausschuß vorgelegt. Sie schlägt vor, in eine nochmalige Beratung bezüglich der Theaterreform einzutreten. Hoffen wir, daß die neue Beratung zu Ersprießlichem führt. Aug. Hoffmann.

Das zweite Bundesfest der Arbeiter-Sportler

vom 18. bis 21. Juli in Nürnberg war eine gewaltige Heerschau des Proletariats. Während seit langer Zeit die Nürnberger Sportler unter Assisenz der Gewerkschafts- und Parteimitglieder eifrigst bemüht waren, das Fest zu einem bedeutenden Markstein in der geschichtlichen Entwicklung des Arbeitersports zu machen, scheute sich nicht der „schwarzweißrote Block“ mit seinem Sprachrohr „Fränkischer Kurier“ das Fest zu mißkreditieren. Noch am Donnerstag morgen (18. Juli), als bereits die ersten Sonderzüge mit Tausenden von Teilnehmern aus allen Gegenden Deutschlands eingetroffen waren, unternahm der schwarzweißrote Block im Stadtrat einen energischen Angriff gegen das Fest. Das Festspiel der Jugend: „Mach dich frei“, von Otto Zimmermann, sollte verboten oder zumindest der Platz für die Aufführung des Stückes der Festleitung entzogen werden. Nur mit 10 gegen 8 Stimmen entschied sich der Stadtrat für die Zulassung. Nicht zu verhindern war aber ein kleiner nicht ins Gewicht fallender Sieg des Bürgertums, nämlich das Verbot des Marschierens der tschechischen Arbeitersportler in ihrer Nationaltracht.

Den ganzen Donnerstag über war der Bahnhof von einer ungeheuer großen Anzahl von Menschen belagert. Alle paar Minuten, wenn ein Turnerzug einlief, brausten mächtige „Frei-Heil!“-Rufe den Ankömmlingen entgegen. Eine Musikkapelle konzertierte. Eine kurze Empfangsrede, ein nochmaliges „Frei Heil!“ und die Vorhalle mußte schnellstens geräumt werden. Mit klingendem Spiel, frohen Gesichtern und starker Begleitung der Nürnberger Bevölkerung bewegten sich die einzelnen Züge zu ihren Standortquartieren in den verschiedensten Vororten. Der Abend des Donnerstag gehörte den Spielern. Der größte Saal Nürnbergs, das Herkuleshippodrom, war schon geraume Zeit vor Beginn der Veranstaltung buchstäblich überfüllt. Die Thüringer Bläser und Chemnitzer Spielleute überboten sich gegenseitig in der Vorführungsfolge, und das Hirschenfelder Trommlerkorps — 9 Pfeifer, Schlagzeug und Stabführer — bewies, daß auch im kleinen Rahmen die wunderbarsten Konzertstücke zu Gehör gebracht werden können.

Am Freitag morgen begann im Stadion sowie auf den Sportplätzen ein reger sportlicher Betrieb. An verschiedenen Stellen der Stadt konzertierte die Trommler und Pfeifer. Die offizielle Eröffnungsfeier begann um 10 Uhr im alten Rathausaal, unter Anwesenheit der verschiedensten Reichs- und Stadtvertretungen, aber auch Partei- und Gewerkschaftsführer waren zugegen. Sport und Spiel im Freien wurden erst abends durch Saalveranstaltungen unterbrochen. Alle Kreisorganisationen des Bundes hatten ihre Mitglieder zu Landsmannschaftsabenden zusammengerufen und eigens zu diesem Zweck auserlesene Programme zusammengestellt.

Allgemeine Proben, Sonderaufführungen, Spiele usw. bildeten das sportliche Menü des Sonnabends. Mit Beginn der Dämmerung hatte die Jugend das Wort. Die Kampfbahn im Stadion war von Tausenden umlagert. Wichtig erklangen die Worte der Jugend: „Mach dich frei! Ruf die Jugend! Mach dich frei!“ Das Echo der Zuschauer: „Wir wollen frei sein“ war der Gedanke all derer, die diesem Schauspiel beiwohnten. Unterdessen herrschte in der Stadt reges Leben. Der Hauptmarkt war Sammelpunkt der Einheimischen und der Fremden. Während im Stadion der Beifall kein Ende nehmen wollte, formierte sich die Jugend zur Fackeldemonstration. Nicht nur die Sportlerjugend marschierte, nein, die SAJ., zum größten Teil eben erst vom Jugendtreffen aus Wien zurückgekehrt, die Freie Gewerkschafts-Jugend, überhaupt alles, was Jugend ist, demonstrierte. Die Glocken der Türme verkündeten die 24. Stunde, als die Spitze, die Bundesjugendleitung, den alten ehrwürdigen Hauptmarkt betrat. Lange Zeit dauerte der Aufmarsch. Den Spießern muß dabei schlecht zumute gewesen sein, vor allem bei den Worten, die die Jugend bei Flammenschein der Menschheit entgegenrief:

„Arbeitende Jugend, wir rufen dich, arbeitende Menschen, wir rufen euch: tretet ein in unsere Reihen! Kämpft mit für die Kraft des Proletariats! Kämpft mit für die Freiheit aller Menschen! Kämpft mit uns um den neuen Menschen!“

Der Abschluß: „Macht auf, Verdammte dieser Erde“, gesungen von allen Anwesenden, konnte nicht besser sein. Auch das im Stadion von der Jugend gesprochene Treugelöbniß war befeelt vom Geiste des Sozialismus:

„Wir wollen, daß die arbeitende Jugend frei werde von jeder Ausbeutung. — Wir wollen, daß die arbeitende Klasse gesund und kraftvoll werde für diesen Kampf. — Wir, die Jugend, geloben Treue jedem, der sich mit uns freimachen will. — Wir, die Jugend, geloben Treue dem Bunde der Arbeiterturner und -sportler, Treue dem Bunde, der uns führen soll im Kampfe um die Befreiung des ganzen Menschen.“

Manches alte Kämpferherz wurde durch diese Worte der Jugend erweicht. Kampf für den Sozialismus war der Sinn der Veranstaltung.

Schon früh am Sonntag morgen (20. Juli) begann inmitten der Stadt das Leben und Treiben. Aus allen Winkeln und Gäßchen marschierten festlich gestimmte und gekleidete Menschen zu den Sammelplätzen der Festzüge. Aber auch das Stadion blieb nicht leer. Die Tribünen füllten sich mehr und mehr. Kurz vor 10 Uhr Autogetruhe. Die Motorradabteilung des ARB. „Solidarität“ und der „Republikanische Motorradklub“ fuhren in die Hauptstraße des Stadions ein. Wundervoll sind die vielen, vielen Räder geschmückt. Einige Zeit später kommen die Radfahrer. Ihr Weg führt an den menschengefüllten Tribünen vorbei. Die Begeisterung bricht los. Mit dem Glockenschlag 11 Uhr marschieren die jetzt vereinigten Festzüge in das Stadion ein und nehmen ihren Weg ebenfalls an den Tribünen vorbei. An der Spitze Trommler und Pfeifer und dann drei riesige rote Fahnen, geschmückt mit dem Bundesabzeichen, dann die Bundesleitung usw. Als die drei Fahnen dem unzähligen Publikum auf den Tribünen entgegengeschwenkt wurden, kannte die Begeisterung kein Ende mehr. Die Demonstration scheint unendlich zu sein. Turner, Turnerinnen, Sportler und Sportlerinnen, Fahnen usw., kreisweise geordnet, marschieren vorüber. Besonders freudig begrüßt werden die Ausländer (Österreicher, Tschechen, Polen, Belgier, Amerikaner, Finnländer, Lettländer usw.). Endlich nach 2¼ Stunden naht das Ende. Trotz der außerordentlich enormen Hitze ist die Stimmung gut. Unterwegs werden von der Bevölkerung und den Arbeiter-Samaritern Erfrischungsmittel der verschiedensten Art gereicht. Trotz allem sind aber doch 300 Unfälle als Auswirkung der Hitze zu registrieren. Im Anschluß an den Festzug versammeln sich die Bundespielleute und Bläser vor den Tribünen. Einige tausend Trommler und Pfeifer, unter Leitung des Bundesstabführers, spielen die „Internationale“ und das „Sturmlied der freien Turner“. Die Bläser, erstmalig zu einer kompakten Masse vereinigt, bringen die Festouvertüre zu Gehör. Unterdessen sind die Turner mit sämtlichen Fahnen für zwei Züge in Viererreihen formiert. Ein Gewitter naht heran. Blitze zucken, Donner krachen, schwerer Regen- und Hagelschlag setzen ein. Aber nichts kann die Turner abhalten ihr Programm abzuwickeln. Nur sehr schwer sind die durchnässten Fahnen im Sturmwind (Windstärke 9—10) zu halten. Die Musik setzt ein. Blitze — Donnererschlag — tösendes Beifallsrauschen der Zuschauer. Unter diesen Erscheinungen vollführt sich der Aufmarsch der vielen Tausende Freilüftungsturner. Auf ein Hornsignal beginnt mit den Fahnen zugleich der Vormarsch. Auf eine Ansprache des Bundesvorsitzenden an die über 20 000 folgt das aus allen Kehlen wuchtig erklingende Sturmlied der freien Turner. Die Fahnen rücken ab und die Übungen beginnen. Der Beifallssturm dauert solange an, bis sich endlich die Sonne wieder Bahn bricht. Die weber Regen noch Wind scheuenden Arbeitersportler haben den Wettergott bezwungen. Nur einige Minuten und die vollkommen durchnässte Kleidung ist wieder vollkommen trocken. Im Anschluß an die Turner marschieren die Turnerinnen ebenfalls mit Fahnen auf. In der Schwimmbahn tummeln sich im friedlichen Wettkampf die Wassersportler und in der Kampfbahn ringen die Leichtathleten verzweifelt um den Sieg. Alle Plätze des gewaltigen Stadions sind voll besetzt mit Wettkämpfern und Zuschauern. Langsam rückt das Fest seinem Ende näher. Um 20 Uhr findet in der Hauptkampfbahn die offizielle Schlußfeier statt. Eine anfeuernde Ansprache des Bundesvorsitzenden, Genossen C. Gellert, ein letztes weithin schallendes „Frei Heil!“ und das 2. Bundesfest ist der Vergangenheit an gereicht. Langsam verziehen sich die weit über 100 000 Besucher vom Stadion in die Stadt zurück und rüsten zur Heimkehr in die heimatischen Penaten, während ein nicht geringer Teil der Festbesucher noch einige Tage in dem schönen Süddeutschland seine Ferientage verlebt.

Trotz aller Schikanen und Hindernisse des bürgerlichen Gegners hat die Heerschau der Arbeitersportler einen nie gekannten Ausklang genommen. Der Sozialismus marschiert. Wenngleich auch die KPD. versuchte durch die ausgeschlossenen Berliner Arbeitersportler das Fest zu stören, so mußte die Opposition doch gar bald erkennen, daß alle ihre Aktionen zwecklos waren.

Eines aber darf nicht verkannt werden, ohne die Hilfe und den Beistand der Nürnberger Gewerkschafts- und Parteimitglieder wäre das Fest der Arbeitersportler nicht das geworden, was es ist, nämlich eine Heerschau des Proletariats. H e i n z H e s p e n h e i d e.

Sür die Frauen

Ausspannen

Wenn auch heute, dank der zielbewußten Tätigkeit der Gewerkschaften, den Arbeitern fast allgemein ein Urlaub gewährt wird, so ist er doch meistens nur kurz, und das zur Verfügung stehende Geld so bescheiden, daß von einem regelrechten Ausspannen außerhalb des Häusermeers kaum die Rede sein kann.

Jeder Pfennig ist berechnet, und wenn schon ein paar Tagesausflüge mit der Familie nach draußen gemacht werden, so ist der Etat überschritten, und die Frau muß den Brotkorb ein wenig höher hängen, um die Bilanz sicherzustellen.

Gerade die Frau, von der meistens behauptet wird, sie führe im Verhältnis zum schwer arbeitenden Mann ein beschauliches Leben, ist der leidendste Teil.

Nimmt man nämlich das „beschauliche“ Leben der Ehefrau einmal unter die Lupe, so muß man feststellen, daß sie oft genug neben ihrer Hausarbeit noch scheuern und reinemachen gehen muß, nur um die Kinder und sich einigermaßen in Zeug zu halten. Daß sie unter diesen Umständen nervös und abgepannt ist, und daß das Familienleben unter ihrer Doppelbelastung leidet, ist ohne weiteres verständlich.

So ist selbst der Urlaub ihres Mannes keiner für sie, denn sie kann nicht sagen: „Tischlein deck dich“, und die Heinzelmännchen kommen auch nicht und erledigen ihre häuslichen Arbeiten.

Wenn man schon dauernd von der Hebung der Volksgesundheit spricht, dann soll man auch ganze Arbeit machen und Mittel und Wege suchen, um es jeder Arbeiterfamilie zu ermöglichen, einmal im Jahr für eine kurze Zeit auszuspannen.

Daß zu dieser Ausspannung eine Luftveränderung gehört, daß Mann und Frau während dieser Zeit den zermürbenden Sorgen des grauen Alltags enthoben werden müssen, versteht sich von selbst.

Fürwahr ein Problem, welches wert ist, sich an ihm die Zähne auszubeißen.

Ernst Riediger.

Unsere Jugend

Eine Jugendabteilung in Frankfurt a. M.

Die Ortsverwaltung der Filiale Frankfurt a. M. schreibt uns u. a.: „Von den hier bei der Stadtverwaltung und der Gas-A.-G. beschäftigten 70 Lehrlingen haben wir 55 Organisierte. Wir haben eine Jugendabteilung geschaffen und verfahren in der Weise, daß wir zur Betreuung der Lehrlinge in den einzelnen Betrieben ältere erfahrene Kollegen besonders beauftragt haben. Sie erhalten regelmäßig den Jugendführer des ADGB., ebenso erhalten die Lehrlinge regelmäßig die Gewerkschaftsjugend des ADGB. Außerdem stellen wir den einzelnen Lehrlingsabteilungen je ein Exemplar unserer Wirtschaft und Technik zur Verfügung. Bei der Einweihung der Jugendherberge Lorch a. Rh. stellten wir die stärkste Jugendgruppe der Frankfurter Gewerkschaften. Dieses Interesse unserer Jugendlichen gab uns Veranlassung, einen Jugendwimpel mit dem Monogramm D. G. u. St. anzuschaffen, damit bei künftigen derartigen Anlässen unsere Jugendgruppe hervorgehoben wird und kenntlich erscheint.“

Aus Politik und Volkswirtschaft

Konsumgenossenschaftler, kümmern euch um die Politik! Durch die Entscheidung des Reichsfinanzhofs in München, welche die deutschen Konsumgenossenschaften und ihre Mitglieder mit einer neuen und unerhörten Steuerbelastung von mindestens einem Drittel — d. i. ca. 20 Millionen Mark ihres gemeinsamen Wirtschaftsnutzens bedroht, ist die Frage der Aktivierung aller Konsumvereinsmitglieder und ihrer wahlberechtigten Angehörigen bei den Wahlen zum Schutze ihrer genossenschaftlichen Unternehmungen lebendig geworden. Wobei der Nachdruck auf die Mitglieder zu legen ist, da die Konsumgenossenschaften selbst durch eine klare Bestimmung des Genossenschaftsgesetzes bei sofortiger Schließung ihrer Betriebe und Verteilungsstellen verhindert sind, irgendeine andere als wirtschaftliche Tätigkeit auszuüben.

Unter diesen Umständen gewinnt die englische Arbeiterregierung Macdonalds für die Frage von Politik und Wirtschaft besondere Bedeutung. Alle kulturfortschrittlich Denkenden in der ganzen Welt setzen die größte Hoffnung auf die Arbeiterregierung, und zwar so sehr, daß das konsumgenossenschaftliche Familien-

blatt des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine (Köln), dessen Führer ein Reichstagsabgeordneter des Zentrums ist, die Hoffnung ausdrückt, „daß das neue britische Ministerium den deutschen Belangen besser gerecht werde, als das vorige“ — nämlich konservative.

Diese politische Selbstverständlichkeit besitzt ihre Grundlagen in der englischen Volkswirtschaft, die bis zu einem Drittel ihres Umfangs von der konsumgenossenschaftlichen Unternehmungsform in der Warenversorgung erfaßt und auf allen industriellen Gebieten durch riesige Genossenschaftsfabriken „kontrolliert“ wird. Das Bezeichnende der Zusammenlegung der englischen Arbeiterregierung ist nun, daß ein guter Teil ihrer maßgebendsten Köpfe aus der Genossenschaftsbewegung stammt und daher ihre volkswirtschaftlichen Auffassungen genossenschaftlich fundamentiert sind. So ist u. a. der Ministerpräsident Ramsay MacDonald selbst ein alter Londoner Konsumgenossenschaftler und Alexander, der neue Chef des Admiralsstabs, ein Abgeordneter der Genossenschaftspartei. Ein weiteres hervorragendes Mitglied der Regierung ist Barmes, der frühere Präsident der Londoner Konsumgenossenschaft und zum Kolonialminister ernannt wurde Sidney Webb, dessen Bücher über die Gewerkschaften wie Genossenschaften in aller Welt bekannt sind.

Bestimmt sind diese Tatsachen keine Zufälligkeiten. Sie sind einerseits darin begründet, daß die englischen Genossenschaften längst erkannt haben, wie wirtschaftliche Betätigung allein noch nicht den entscheidenden Fortschritt in der Volkswirtschaft ihres Landes garantiert, und andererseits darin, daß Erfahrungen über das genossenschaftliche Wirtschaftssystem eine Notwendigkeit in der Politik sind. Und so besitzen sie nicht nur eine eigene parlamentarische Genossenschaftspartei, sondern haben auch ein Kartell mit der politischen Arbeiterpartei vor den letzten Wahlen geschlossen, woraus nicht zum letzten der gewaltige Sieg der Arbeiterpartei zu erklären ist. Denn die englische Konsumgenossenschaften zählen nahezu 6 Millionen Mitglieder und mit ihren Hausfrauen allein sind es schon 12 Millionen Wähler!

Diese gewaltige wirtschaftliche Anhängerschaft politisch zu nützen, entspricht ganz dem realpolitischen Sinn der Engländer. Wobei noch festzustellen ist, daß die englischen Konsumgenossenschaften auch nicht im entferntesten steuerlich so belastet, schikaniert und geradezu mißhandelt werden, wie die deutschen. Aber trotzdem wissen sie: Politik ist Wirtschaft! Oder umgekehrt. Und es ist deshalb gänzlich ausgeschlossen, daß auch nur ein einziger feindseliger Akt der Gesetzgebung oder Rechtsprechung das englische Genossenschaftswesen bedroht, wie das deutsche. Im Gegenteil.

Daraus müssen für die deutschen Konsumgenossenschaften entsprechende Lehren gezogen werden. Wobei es sich natürlich weder um eine Genossenschaftspartei, noch um ein Kartell mit einer politischen Partei handeln kann. Aber der Grundsatz: Politik ist Wirtschaft muß Gemeingut aller Konsumvereinsmitglieder werden, wenn anders der systematischen Mißhandlung der Konsumgenossenschaften durch die Rechts- und Mittelpolitiker und ihre Exponenten in der Gesetzgebung und Rechtsprechung ein Ende gemacht werden soll.

Aus unserer Bewegung

Keine Entlassungen von Arbeitern und Angestellten infolge Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets. Der Preussische Landtag hat bei der Beratung des Einführungsgesetzes zum Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes auf den Antrag seines Ausschusses für Gemeindeangelegenheiten am 10. Juli 1929 folgende Entschlieung angenommen:

„Der Landtag erwartet, daß Entlassungen von Arbeitern und Tarifangestellten aus Anlaß der Eingemeindung nicht erfolgen. Sofern in Einzelfällen Entlassungen nicht zu umgehen sind, sollen zur Vermeidung von Härten möglichst nur solche Arbeitnehmer in Frage kommen, die auf Grund der Ruheordnungsansprüche auf Altersversorgung haben.“

Der Minister des Innern hat diese Entschlieung in einem Runderlaß vom 29. Juli d. J. den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Kenntnis gebracht. Diese Entschlieung ist von unserem Verband dem Landtage zur Beschlußfassung überreicht und von der sozialdemokratischen Fraktion vertreten worden.

Stendal. In der gut besuchten Mitgliederversammlung vom 19. Juli gab Kollege Wendi den Kassenbericht vom zweiten Quartal. Den Bericht von der Ortsauschließung gab Kollege Wolf. Kollege Engel berichtete über die Reichskonferenz der Kammereiarbeiter. Als Delegierter zur Verschmelzungsfrage nach Magdeburg am 4. August wurde Kollege Freude gewählt.

Verbandsteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Verbandsbeirat hat am 25. Juli d. J. in Berlin grundsätzlich der Vereinigung unseres Verbandes mit dem Deutschen Verkehrsbund und dem Verband der Gärtner und Gärtnereiarbeiter zugestimmt.

Eine Urabstimmung über die Vereinigung mit den genannten Verbänden stattfinden zu lassen, hat der Verbandsbeirat abgelehnt, vielmehr beschlossen, einem

Außerordentlichen Verbandstag

der am 8. Oktober d. J. in Berlin im Lokal „Neue Welt“, Hasenheide, stattfindet, die endgültige Entscheidung zu überlassen.

Als Tagesordnung wurde festgesetzt:

1. Eröffnung des Verbandstages und Konstituierung.
2. Zusammenschluß der drei Verbände.
Berichtersteller: K. Polenske, Berlin.
3. Beratung der Verbandsfragen.
4. Vorschläge zu den Wahlen der Verbandskörperschaften.

Im Anschluß an den Außerordentlichen Verbandstag findet am 9. Oktober 1928 in Berlin im Lokal „Neue Welt“, Hasenheide, die

Gemeinsame Tagung

des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter,
des Verbandes der Gärtner und Gärtnereiarbeiter
und des Deutschen Verkehrsbundes

mit folgender Tagesordnung statt:

1. Eröffnung und Konstituierung.
2. Zusammenschluß der drei Verbände.
Berichtersteller: Karl Polenske, Berlin.
3. Wahl der Verbandskörperschaften.

Die Wirtschaftsbezirksleitungen sind bereits beauftragt, sofort alle Vorbereitungen für die Durchführung der Delegiertenwahlen zu treffen. Die Wahlen müssen am 15. September abgeschlossen sein.

Das Wahlergebnis mit den Namen und Adressen der gewählten Delegierten ist dem Verbandsvorstand spätestens bis zum 18. September 1929 einzureichen.

Der Verbandsvorstand.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der Deutsche Verkehrsbund im Jahre 1928. Das kürzlich erschienene Jahrbuch 1928 des Deutschen Verkehrsbundes schildert im ersten Teil die politischen Ereignisse des verflossenen Jahres sowie die wirtschaftliche Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung des Organisationsgebietes: Handel und Verkehr. Ein umfangreicher Abschnitt, der kritisch zu den einschlägigen Fragen Stellung nimmt, ist der Sozialpolitik gewidmet. Der Text des Buches wird wirkungsvoll ergänzt durch die Beigabe einer Anzahl graphischer Darstellungen und eines reichen statistischen Tabellenmaterials. Ein ausführliches Sach- und Namensregister erleichtert das Nachschlagen, während eine Chronik des Jahres 1928 alle wichtigen Ereignisse registriert. Der zweite Teil des Jahrbuches behandelt in umfassender Weise die Entwicklung und Tätigkeit der Organisation. Wir entnehmen daraus folgendes:

Der Deutsche Verkehrsbund hat im verflossenen Jahre 38 925 neue Mitglieder gewonnen. Damit stieg seine Mitgliederzahl am Ende des Jahres 1928 auf 390 360. Die Gesamteinnahme des Jahres beträgt 14 507 828 Mk., das Barvermögen am Jahreschluß 4 969 712 Mk. Für Unterstützungen wurden rund

5½ Millionen Mark verausgabt, davon allein für Streik- und Gemahregelunterstützung 2 420 525 Mk. — Insgesamt wurden 1867 Lohnbewegungen durchgeführt, von denen 408 Orte, 43 Tarifbezirke, 6 Stromgebiete und das Gebiet der Nord- und Ostsee erfaßt wurden. Die Zahl der an den Lohnbewegungen beteiligten Personen bezifferte sich auf 539 166. Neben vielen anderen Erfolgen, die sich auf die Regelung der Arbeitszeit sowie auf die Regelung der sonstigen Arbeitsverhältnisse beziehen, gelang es, durch die Bewegungen eine Lohnerhöhung im Gesamtbetrage von 1 589 400 Mk. pro Woche für 498 990 Beteiligte durchzusetzen. Am Schluß des Jahres hatte der Deutsche Verkehrsbund 956 Tarifverträge für 44 546 Betriebe mit 535 604 Beschäftigten in Geltung. Auch auf den übrigen weitverzweigten Gebieten der Interessenvertretung seiner Mitglieder hat der Deutsche Verkehrsbund aktiv gewirkt und gute Arbeit geleistet.

Der christliche Zentralverband der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und Verwaltungen gab kürzlich in seinen Blättern eine Uebersicht über seine Mitglieder- und Kassenverhältnisse im Jahre 1928. Wenn diese Organisation auch nur Bedeutung im Rheinland hat, so ist ihr Wachstum und ihr Vordringen nach Osten für uns doch beachtenswert. In der Uebersicht wird gesagt: „Besonders gute Fortschritte wurden erzielt in Sachsen, im Saargebiet und im Osten (Ostpreußen, Danzig).“ Das zeigt, daß die Christlichen aus den rein katholischen Gegenden mehr und mehr auch in Gebiete vordringen, wo der Protestantismus dominiert. Es wird daher von unserer Taktik und unserer Aufklärung der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen abhängen, ob sie von dort wieder verdrängt werden können oder ob sie weiter wachsen werden. Die Mitgliederzahl stieg im Jahre 1928 von 28 930 auf 33 708, also um 4778. Das Verbandsvermögen betrug am Ende des Jahres 601 796,96 Mk., pro Mitglied 17,88 Mk. Unsere Mitgliederzahl betrug am Beginn des Jahres 1929 257 933, das Gesamtvermögen 8 098 468,93 Mk., pro Mitglied 32,70 Mk. Die Gegenüberstellung dieser Ziffern zeigt gewiß unsere unerschütterliche Ueberlegenheit über den christlichen Verband, aber sein Vordringen in Gebiete, die wir allein beherrschten, bedeutet eine Zerplitterung und damit Schwächung der Arbeiterkräfte gegenüber den einheitlich im Reichsarbeitsgeberverband und seinen Bezirksverbänden organisierten Kommunen und Kommunalverbänden. Zu welchen Schäden die christliche Tätigkeit führt, haben wir erst wieder in Nr. 31 der „Gewerkschaft“ geschildert. Darum heißt es wachsam sein, damit die Christlichen nicht auch noch außerhalb des Rheinlandes ihr arbeiter„beglückendes“ Treiben aufnehmen.

Rundschau

Republik und Freiheit. Wir feiern uns selbst, wenn wir den 11. August feiern. Wir sind es, denen durch die Verfassung die Freiheit gegeben ist. 10 Jahre haben wir sie erlebt. 10 Jahre getragen. Und an kritischen Tagen um sie gebangt, sie geschützt. Sie ist unser. Wir erinnern uns jenes Tages, an dem die Verfassung dem Volke gegeben wurde. Wir überschauen 10 Jahre bedeutungsvoller Geschichte. Und doch tritt all das Erinnern zurück hinter dieses Erlebnis heute, da in der Brust: sie ist da, die Freiheit, wir bestimmen, wir sind der Staat. Und alles, was wurde und werden soll, schweift sich heute zusammen zu dem Freiheitserlebnis unserer selber. Unser Herz wird weit. Unser Puls schlägt schneller. Unser Blut wallt heißer: wir tragen die Freiheit! Und unsere Augen leuchten. Und stolz ist der Blick. Und wir ballen die Faust: Wehe, wer sich an diese Freiheit wagt! Der Staat sind wir. Nur in der Republik liegt echter Idealismus, In dem letzten und reifsten Bühnenwerke eines Schiller, dem Tell, da ist es das Volk, das sich zur Freiheit erhebt. Und doch lehnen Menschen gerade aus Idealismus, wie sie das nennen, die republikanische Verfassung ab. Und der Jugend mit ihrem idealistischen Bedürfnis wird die Republik in öden und erbärmlichen Farben geschildert. Die sterbende Gesellschaft hat nicht mehr das Feuer des Herzens, das idealistisches Freiheitsfühlen erleben kann. Besonders stehen Frauen mit ihrem seelischen Suchen, auch Frauen des Volkes, so oft noch im Banne der Reaktion. Aber im Tell, da wird der Freiheitsgedanke des Volkes aus der Familie geboren: eine Frau ist es, die ihn zuerst mit bebendem Herzen spricht. — Frauen, erwacht! Laßt uns die Freiheit in den Herzen tragen! Fort und fort! Sie soll glücken in uns! Sie soll uns begeistern! Und die Freiheit wird zünden und die Lauesten selbst mit lodrender Flamme erfassen. Und alle werden die Träger einer neuen, schöneren Gestaltung auch der Arbeit sein. Wir. Wir alle. Das Volk. Das gar: schaffende Volk.

Dr. Gustav Hoffmann.